

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 171 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 4/2009 VOM 3. APRIL 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | »Machen Sie
den Weg frei ...«

Offener Brief an Landrat Bodo Ihrke

7 | »Nur wenn wir den Mund
aufmachen ...«

Diskussion zur 380-kV-Leitung

12 | 1999: Weg in den Krieg –
Deutschland ist dabei

Das Bündnis für den Frieden erinnert

Verbaute Lebens(t)räume

Was Innenstädte einst an städtebaulicher Qualität boten, an unverwechselbaren Häusern und Straßen, an Charme und Atmosphäre, haben wir autogerecht zerhackt und mit breiten Asphaltpisten glattgebügelt. Begleitet von gesichtslosen Neubauten, Ramschmärkten und zerstückelten Altbauten. Nur das Stadtgrün kaschiert so manche Bausünden. So wie die Dinge stehen, brauchen wir keine Bodendecker, sondern Hausverstecker.

Sicher tragen die Kriegsschäden Mitverantwortung für die gesichtslosen Innenstädte. Auch in Eberswalde, das ohnehin wenig Innenstadt hat. Im Grunde besteht sie nur aus der Friedrich-Ebert-Straße mit dem Marktplatz bzw. was von ihm übrig blieb. Warum mußte man dieses kleine Herz der Stadt durch eine derartig breite und häßliche Asphaltpiste »aufreißen«. Hier hat man Angst, die Straße zu überqueren. Und wer fährt hier schon 30. Auf einer so breiten und glatten Straße. Und breiter geht's wirklich nicht.

Die Menschen auf einen schmalen Gehweg gedrängt. Gerademaß so breit wie die Bushaltestellen, wo man sich an den Wartenden vorbeidrängeln muß. Hätte es eine kleine Strasse nicht auch getan? Mit Kopfsteinpflaster. Da weiß der Autofahrer: Hier ist die Innenstadt, hier hat der Fußgänger Vorfahrt. Warum müssen auf dem Abschnitt zwischen Fachhochschule und Breite Straße überhaupt Autos fahren? In anderen Städten wäre hier eine Fußgängerzone. Aber in Eberswalde sind die Autos eben wichtiger als die Bürger. Hier läßt wirklich nichts zum Flanieren ein. Und die Hunde tun ihr übriges. Und im Rücken der schwarze Schatten der Kreisverwaltung. Ein Raubbau wertvoller innenstädtischer Plätze, wie ich finde. Die schöne Kirche optisch aufs Abstellgleis gestellt. Und gegenüber die einladenden Schaufenster des »Pfmiglandes«. Hauptsache billig. So wie die Straße davor. Erst wenn man dann noch die Breite Straße »überwinden« hat, kann in Eberswalde Ersatz-Fußgängerzone, der Rathauspassage, flaniert werden.

Was für ein Betrug an unserer Lebensqualität. Hauptsache der Verkehr rollt. Und wir haben jetzt einen Prestigebau, das Paul-Wunderlich-Haus. Ein Panzerkreuzer. Verwaltungsbauten sind Offenbarungseide. Haste was, biste was.

Ist guter Städtebau ein Geheimrezept? Die alten Städte haben, was uns fehlt: Geborgenheit, Charme, Lebendigkeit. Da gibt es noch Fußgängerzonen, kleine Straßen, Kopfsteinpflaster, enge Gassen, Kurven, weite Plätze, schöne Fassaden, Häuser mit Blickfang, Bäume auf den Bürgersteigen, Bänke, Blumen, Straßen-Cafés, verwinkelte Höfe, Brunnen, Stadtmauern, Tore, Gärten.

Und heute? Straßen und Häuser ohne Gesicht, Plattenbausiedlungen im DIN-Format, totsanzierte Altbauten, DDR-Ruinen, Ramschläden und Discounter, Fastfood Buden und 20 Handyläden, Autopisten statt Wohnstraßen, schön breit und asphaltiert. Dazu die schönen Parkhäuser. Städte ohne Identität. Begreifen wir nicht, was wir da verloren haben? Unsere Städte verlieren immer mehr an Wärme.

Und das gleiche Schauspiel setzt sich in den vorstädtischen Geschwüren, ja sogar bis in die Dörfer hinaus fort: Planquadrate mit geschmacklosen Neubauten, Einfamilienhäuser, garniert mit Plastik-Ramsch und Krüppel-Koniferen aus den Baumärkten. Der neueste Schrei sind jetzt Hochglanz-Dachziegel. Steril für 100 Jahre. In allen Farben. Die passen so richtig gut in die Landschaft. Warum nicht gleich in pink? Und außenrum eine spießige Thujenhecke. Die Lieblingspflanze der Deutschen. Davor noch ein bißchen Heidekraut und Cotonea-



Die Friedrich-Ebert-Straße im Zentrum von Eberswalde. Zu breit, zu glatt, zu grau, zu laut. Fußgängerfeindlich.

ster in der Waschbetonkiste. Solche Gewächse gehören auf den Friedhof, nicht in einen Hausgarten.

Überhaupt machen Nadelgehölze starre Häuser noch starrer. Und niemand wird sich im Garten ernsthaft unter eine Fichte legen. Nadelbäume holt man nur einmal zum Haus. Zu Weihnachten. Sonst stehen sie besser im Wald.

Besonders die Dörfer in den Ballungsgebieten werden immer lebensloser. Glattsaniert für den reibungslosen Durchgangsverkehr, Supermärkte, Ramschmärkte, Autohäuser. Hauptsache erschlossen und gut angebunden.

Vielen Menschen ist bewußt geworden, daß ein häßliches und lautes Wohnumfeld, ihr persönlicher Lebensraum, auch ihre Lebensqualität verschlechtert. Sie spüren, daß häßliche Fassaden und laute, monotone Straßen verdrossen machen. Das Resultat ist an den Wochenenden ablesbar. Flucht aufs Land oder in die Kleingartensiedlung. Das eigene Wohnumfeld genügt nicht zur Erholung und wir suchen woanders den Ersatz für die Schönheit, um die wir uns betrogen haben. Menschliche Entzugserscheinungen. Im Urlaub suchen wir dann die Wärme und Intimität in den Winkeln und Gassen alter, unberührter Städte und Dörfer. Suchen unverbaute, unzerschnittene Landschaften. Da wo es eben noch »ländlich« ist. Keine amputierten Landschaften.

Sie müssen zugeben. Das Gesicht unseres eigenen Lebensraumes könnte freundlicher sein. Auch in Eberswalde. Nicht das Geld macht eine Stadt gut, sondern eine gute Planung. Qualität in der Gestaltung. Anpassung an das Bestehende. Rücksicht auf regionale Erscheinungsformen. Einfügung in die Landschaft. Und ganz wichtig: Fußgängerfreundlich!

ARNAUD MALTERER

Hilflos

Ein kurzer Blick in das Fernsehprogramm oder in die Tageszeitungen und man kann sich des Eindrucks nicht mehr erwehren. Unsere oberen und obersten Anführerinnen und Anführer laborieren plan- und ziellos an irgend etwas herum, was sie nicht richtig verstehen.

Ihre gegenwärtige Beschäftigung nennen sie Krisenbewältigung. Sobald man näher hinschaut, sich die Reden anhört, die Texte genauer liest oder sich mit den Typen unterhält, verstärkt sich der Eindruck nur noch mehr. Die haben alles Mögliche, nur keinen Plan.

Man erkennt schnell die albernen Notlügen, das hektische auf und ab, die propagandistischen Phrasen, Schuldzuweisungen, all die Scheinaktivitäten, das blecherne Getöse und das schleimige Gelaber. Sogar das ängstliche Zittern kann man schon spüren. Bisweilen riecht es ein wenig nach Furcht, Panik und alten Menschen. Vielleicht hat der eine oder andere schon mal in den Abgrund gesehen, oder wird von Alpträumen geplagt? Jedenfalls verbreiten sie kollektiv negative Wellen.

Gehen Sie, liebe Leserinnen und Leser doch einmal ganz unbefangen in das schöne Landratsamt. Dort können Sie die Hilflosigkeit ganz kostenlos anfassen, sehen, riechen, hören und schmecken. Aber Vorsicht, diese Krankheit ist ansteckend.

Sie reden von Apokalypse und Weltuntergang, werfen mit Geld nur so um sich, suchen Schuldenböcke und kramen die alten längst widerlegten Konzepte aus. Und sogar Verstaatlichung und internationale Bankenaufsicht sind im Gespräch. Manch einer macht sich mit ein paar Millionen aus dem Staub.

Wahrscheinlich verbergen sie uns etwas sehr wichtiges. Sie haben sich ihre Ämter freiwillig und ohne Zwang verschafft. Seit Jahren beanspruchen sie Unsummen, um uns zu regieren. Und wenn es darauf ankommt, haben diese Leute alles Mögliche, nur keinen Plan.

Sie haben wohl eher Angst davor, daß jemand merken könnte, wie überflüssig und hilflos sie eigentlich sind. Ja, ja unsere oberen Damen und Herren sind Teil des Problems und begreifen das ganz allmählich.

Nach allem, was man erkennen kann, handelt es sich um eine mächtige Krise des Überbaus, unserer gesellschaftlichen Organisation, unserer Verwaltung, Kultur und der gesamten Lebensweise. Diese Krise kommt im Geldsystem zum Vorschein und trifft wieder die Armen.

Daher läßt sich auch die hektische Betriebsamkeit und die fühlbare Angst der Oberen erklären. Diese Leute wissen ganz genau, daß sie in der Vergangenheit viele Probleme verdrängt und sich auf Kosten anderer mächtig bereichert haben. In absehbarer Zukunft wird sich wohl eine Menge ganz wesentlich ändern.

Lassen Sie sich, liebe Leserin, lieber Leser, ja nicht von der Angst der Hilflosen anstecken.

Dr. MANFRED PFAFF

»Wir zahlen nicht für Eure Krise«



Berlin (at). Die Demonstrationen »Wir zahlen nicht für Eure Krise« waren ein voller Erfolg: 25.000 Menschen in Frankfurt und 30.000 in Berlin trugen ihre Unzufriedenheit mit der derzeitigen Krisenpolitik auf die Straße. Sie folgten dem Aufruf eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses von gewerkschaftlichen Gliederungen, Sozialprotest- und antikapitalistischen Gruppen, Attac, der Partei »Die Linke«, Migrant*innen-Organisationen, Bündnis90/Die Grünen sowie umwelt-, entwicklungspolitischen und kirchlichen Gruppen. Die Proteste unter dem Motto »Wir zahlen nicht für eure Krise! Für solidarische Gesellschaft« finden im Vorfeld des G20-Gipfels am 2. April in London statt. Es handelt sich um die größte Demonstration in Deutschland seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Parallel gehen auch in zahlreichen anderen Ländern die Menschen auf die Straße; in London waren es mehrere Zehntausend, in Wien 20.000.

Mit unter den Demonstranten in Berlin waren auch im »Bündnis Soziale Bewegung Land Brandenburg« zusammengeschlossene Montagsdemonstranten, die gemeinsam mit anderen Initiativen im »Aktionsbündnis Sozialproteste« einen Block im Demonstrationzug bildete. Dort waren auch Akteure aus Eberswalde zu finden. Zentrale Forderung dieser Gruppierung: Mindestens 10 Euro Stundenlohn, 30 Std.-Woche und 500 Euro ALG II-Regelsatz repressionsfrei.

Kita-Plätze werden knapp

Eberswalde (bbp). Bei der Versorgung mit Kita-Plätzen wird es »zunehmend eng« in Eberswalde. Darüber informierte auf der StVV-Sitzung am 26. März der 1. Beigeordnete Lutz Landmann. Die Kapazitäten der städtischen Kindertagesstätten seien weitgehend ausgeschöpft, so daß in letzter Zeit Antragsteller immer häufiger an freie Träger verwiesen werden mußten. Inzwischen gebe es aber auch von denen Signale, daß ihre Einrichtungen eine hohe Auslastung erreicht haben. »Wir können uns diese Entwick-

lung nicht erklären«, sagte Landmann. Möglicherweise gebe es einen Zusammenhang mit einer verstärkten Vermittlung von arbeitslosen Eltern in Arbeitsfördermaßnahmen.

Eine eigene Fehlplan wird nicht in Erwägung gezogen. Im Jahr 2006 war gegen massiven Widerstand der betroffenen Eltern und trotz Vorliegen eines realisierbaren Alternativvorschlags die Kita »Spatzennest« im Brandenburgischen Viertel geschlossen worden (BBP 4/2006).

ANDREAS BOGDAIN
& KOLLEGEN

25. März bis 5. Mai 2009

KLEINE GALERIE STADT EBERSWALDE



Offener Brief an Landrat Bodo Ihrke:

Machen Sie den Weg frei ...

Sehr geehrter Herr Ihrke, wie alle Kreistagsabgeordneten, habe auch ich ein Schreiben von Ihnen erhalten, in dem Sie mitteilen, daß Sie wieder für die Funktion des Landrates kandidieren wollen. Ich frage Sie, Herr Ihrke, wie so Sie diesen Brief auf Kopfbogen des Landrates schreiben. Hätte Frau Bierwirth, so sie doch die Absicht gehabt hätte zu kandidieren, ihr diesbezügliches Interesse auch auf Kopfbogen des Landrates mitteilen können? Ist Ihre Kandidatur nicht Ihre Privatangelegenheit? Ich meine, wir haben es hier mit einer Briefkopf-Affäre zu tun. Fehlt Ihnen das rechtliche Gespür dafür, was dienstliche und was private Angelegenheiten sind?

Aber auch Mitarbeiter aus Ihrem engsten Umfeld haben Schwierigkeiten, zwischen Dienstaufgaben und privaten Ambitionen zu unterscheiden. Sie drängen Kreistagsmitglieder mit einem »Positionspapier zum Verfahren für die Wahl des Landrates«, der indirekten Wahl des Landrates zuzustimmen. Die Autoren des Papiers verweisen die Kreistagsabgeordneten auf ihre »Pflicht«, auf der Grundlage der ihnen aufgetragenen »Analyse« und nach pflichtgemäßer »Abwägung« unter Beachtung der »gegenwärtigen Situation« »sachgerecht« zu entscheiden, daß nur die Landratswahl durch den Kreistag Übel von den Bürgerinnen und Bürgern abwenden kann. Es verwundert dabei nicht, daß alle Begründungen nur für den derzeitigen Chef passen. Stillschweigend unterstellen die Autoren in ihrem Papier, daß auf die öffentli-

che Ausschreibung des vakanten Postens verzichtet wird. Das Positionspapier und die Kommunikation darüber während der Dienstzeit mag zwar chefgefällig sein, gehört aber nicht zu den Dienstaufgaben von Dezernenten.

Sicher sind Ihnen, Herr Ihrke, diese Aktivitäten bekannt, aber warum haben sie diese nicht unterbunden? Von einem Landrat muß man in jeder Hinsicht eine korrekte rechtskonforme Arbeit erwarten, im Kleinen wie im Großen. Da kann man z.B. nicht erklären, daß für den Wechsel der Gemeinde Hohensaaten nach Bad Freienwalde der Segen des Landes fehle, wenn das Land bereits Ende 2007 der Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim den Auftrag erteilt hat, vor dem Erlaß einer Anordnung alle weiteren Varianten einer Neuordnung intensiv zu prüfen.

Ob der Verkauf des Oderberger Rathauses rechtskonform war, war der Hintergrund meiner Frage in der Abgeordnetenfragestunde im Dezember-Kreistag. Außer einer emotional geprägten Zurückweisung meiner Frage habe ich von Ihnen keine Antwort erhalten, obwohl im Text der angefügten Anlage sehr berechtigte Zweifel an der Rechtskonformität formuliert waren. Ihre fehlende Antwort erzeugt bei mir den Eindruck, daß Sie der Antwort aus dem Wege gehen wollen, weil Sie zugeben müßten, daß der Rathausverkauf rechtswidrig war, ebenso wie der Mietvertrag unzulässig war, weil er der Kommune Schaden zufügte. Der rechtswidrige Verkauf des Rathauses wurde auch

nicht durch die Ihnen unterstehende Kommunalaufsicht gestoppt. Auch wenn die Kommunalaufsicht nicht von der vertragsschließenden Kommune pflichtgemäß zur Prüfung des Kaufvertrages aufgefordert wurde, so mußte sie doch von sich aus tätig werden, denn die Probleme um den Kaufvertrag waren von Anfang an bekannt und wurden bewußt in Kauf genommen.

Mit der Aufhebung des Mietvertrages in Verbindung mit der Zahlung von 840.000 Euro an die KGW sind die kommunalrechtlichen Probleme nicht aus der Welt. Statt der gebotenen Rückabwicklung des Kaufvertrages wurde ein Mietaufhebungsvertrag abgeschlossen, mit dem der KGW der Kaufpreis für das Rathaus faktisch geschenkt wird, und der Stadt Oderberg weitere Risiken abgebürdet werden.

Aber die Erwartung, daß Sie eine in jeder Hinsicht rechtskonforme Lösung anstreben, ist wohl eher eine Illusion, weil Sie nicht zu einer Kurskorrektur in dieser Sache, wie auch auf anderen Konfliktfeldern, bereit sind.

Eine andere Politik braucht neue Köpfe und die anstehende Landratswahl fordert förmlich dazu heraus, die Gelegenheit beim Schopfe zu fassen. Machen Sie den Weg frei für die Wahl eines neuen Landrates und verzichten Sie auf eine Kandidatur, statt einen unsauberen Wahlkampf um dieses Amt zu führen. Der Landkreis braucht Veränderungen!

ALBRECHT TRILLER

Der offene Brief wurde als Abgeordneten-anfrage mit den Sitzungsunterlagen für die Sitzung des Kreistages Barnim am 1. April allen Kreistagsabgeordneten zugeleitet. Siehe auch Seite 4.

www.bar-blog.de

»Ihre Fragen sind nicht relevant«

Antworten des 1. Beigeordneten Lutz Landmann zum Stadtwerkeverkauf

Eberswalde (bbp). Im Dezember 2008 hatte der Stadtverordnete Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde in der StVV zum Verkauf der verbliebenen 26 % Anteile der stadteigenen Technischen Werke Eberswalde (TWE) an den Stadtwerken eine Anfrage formuliert (BBP 1/2009). Er bezog sich auf eine Information des 1. Beigeordneten Lutz Landmann vom November, der über einen Vertragswechsel informiert hatte, wonach aufgrund eines Einspruchs durch das Bundeskartellamt einige Anteile an andere verkauft wurden, als ursprünglich entschieden. Nach Ansicht von Albrecht Triller wäre aus diesem Anlaß auch ein Verzicht auf den Verkauf der vakanten Stadtwerke-Anteile möglich gewesen.

Mit Datum vom 29. Januar 2009 antwortete Lutz Landmann schriftlich. Er habe im November darüber informiert, »daß das Kartellamt einem Verkauf von 13 % an einen der Gesellschafter nicht zugestimmt hat und nach Verhandlungen zwischen den Mitgesellschaftern 14 % an einen

und 12 % an den anderen Mitgesellschafter veräußert wurden. Dieses Verhandlungsergebnis erhielt die Genehmigung des kartellamtes. Somit gab es keine 13 % vakanter Geschäftsanteile.«

Zur Frage, ob auch die Möglichkeit eines Verzichtes auf den Verkauf dieser Anteile erwogen wurde, schrieb Landmann: »Hintergrund des Verkaufs der Gesellschafteranteile war es, sowohl die Liquidität der TWE längerfristig zu sichern, als auch akute Liquiditätsprobleme der Stadt zu lösen sowie die Grundlage für eine zukünftige stabile Haushaltsslage zu schaffen. Der Verkauf aller (unterstrichen im Original) war politischer Wille der Mehrheit der Stadtverordneten. Der Beschlußtext lautete daher sinngemäß, daß dem Verkauf der Anteile an die Mitgesellschafter zum Kaufpreis von insgesamt 16,7 Mio. EUR zugestimmt wird. Insofern, auch vor dem Hintergrund des Beschlusses, war es für die Stadt Eberswalde nicht von Bedeutung, welcher Gesellschafter, wie viel Anteile im Einzelnen erwarb. Der Intention des Beschlusses wurde Rechnung getragen.

Im übrigen regelte der Konsortialvertrag die Aufteilung bei Verkäufen.«

Dabei verschweigt Landmann allerdings, daß es gar keinen gültigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zum Verkauf der Stadtwerkeanteile gibt. Ein entsprechender Beschluß im nichtöffentlichen Teil der StVV-Sitzung vom Juni 2005 wurde später beanstandet. Die im Juli 2005 beabsichtigte nachträgliche Beschlußfassung wurde damals abgesagt, nachdem die Kommunalaufsicht zwar die Rechtswidrigkeit des Verkaufsbeschlusses durch die Gesellschafterversammlung aufgrund des fehlenden StVV-Votums bestätigt, aber zugleich dessen faktische Wirksamkeit bescheinigte, da von der TWE-Geschäftsführung bereits realisiert (BBP 6, 7, 8/2005).

Die weiteren Fragen – wer über die Vertragsänderung entschieden hat, warum keine Zustimmung der StVV für die Änderung eingeholt wurde und ob »es bei den Überlegungen zum ersatzweisen Verkauf dieses Anteils eine Rolle« gespielt habe, »daß im Zusammenhang mit Anteilsverkäufen Schmiergelder von Anteilskäufern geflossen waren« – erklärt Landmann in seiner weiteren Antwort dann ohne weitere Begründung als »nicht relevant«.

Gentechnikfreies Eberswalde

Eberswalde (bbp). Anlässlich der Tagung der gentechnikfreien Regionen und Aktiven am 7. und 8. Januar im Eberswalder Waldsolarheim hatte der Stadtverordnete Jörg Schneiderei (DIE LINKE) auf Anregung der AG Umwelt bei der LINKEN.Barnim (AGU) angefragt, wie sich die Stadt Eberswalde als »Gentechnikfreie Kommune« und faktische Gastgeberin auf dieser Tagung offiziell präsentiert hat.

In Vertretung des Bürgermeisters antwortete der 1. Beigeordnete Lutz Landmann auf der StVV am 26. Februar zunächst mündlich (BBP 3/2009). Inzwischen liegt die schriftliche Antwort vor.

»Die Stadt Eberswalde«, schreibt Landmann, »war aus terminlichen Gründen nicht offiziell vertreten. Sie war auch in die Vorbereitung der Tagung nicht eingebunden«. Zum aktuellen Stand der Umsetzung des StVV-Beschlusses von 2005 (»Gentechnikfreie Kommune«) erläuterte der Beigeordnete, daß im Jahr 2006 zunächst Auskünfte zu Landwirtschaftsbetrieben in der Stadt Eberswalde eingeholt wurden. Damals gab es fünf angemeldete Unternehmen. Diese wurden angeschrieben und um Rückäußerung gebeten. »Lediglich das Unternehmen Gartenbau Finow teilte mit, daß es sich dem Anliegen der Stadt anschließt. Die anderen Unternehmen meldeten sich nicht.« Bereits im September 2005, so Landmann, hat die Stadt eine Petition an die Konferenz gentechnikfreie Regionen gesandt.

Eine kürzlich geführte Nachfrage beim Amt für Landwirtschaft des Kreises ergab, daß nunmehr nur noch vier gemeldete Landwirtschaftsunternehmen existieren »und diese mit hoher Wahrscheinlichkeit gentechnikfrei arbeiten«. Dafür spreche, daß im Gentechnik-Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, in welchem entsprechende Anbauflächen geführt werden, Standorte in Eberswalde nicht verzeichnet sind (www.standortregister.de).

In seiner dritten Frage bezog sich Jörg Schneiderei auf Informationen aus dem Jahr 2006, als das auf Eberswalder Territorium ansässige Unternehmen MÄRKA als Förderer von Gentechnik in der Landwirtschaft in die Schlagzeilen geriet. Inzwischen gab es einen Eigentümerwechsel bei MÄRKA.

»Nach aktueller Auskunft der Geschäftsführung«, so der Beigeordnete Lutz Landmann, »wurden nach einem Gesellschafterwechsel auch die Geschäftsfelder verändert. Das Unternehmen ist nunmehr vorwiegend Rohstofflieferant für die Biokraftstoffindustrie. Bei den Rohstoffen handelt es sich um Raps und Getreide, bei denen Genmanipulationen keine Option darstellt. Es gibt keinen Vertrieb bzw. keine Verarbeitung von genmanipulierten Produkten.«

Abschließend teilt der Beigeordnete mit, »daß der Essenanbieter für städtische Schulen und Kitas weiterhin halbjährlich um Bestätigung gebeten wird, daß keine genmanipulierten Lebensmittelzutaten zum Einsatz kommen«.

Direktwahl des Landrates:

»Wir stehen zu unserem Wort«

Für DIE LINKE gibt es keine Frage, sie steht für die Direktwahl des Landrates. Der Gesetzgeber, also der Landtag Brandenburg, hat mit seiner Mehrheit von SPD und CDU beschlossen, daß Landräte ab 2010 durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt werden können. Das war ein Ergebnis eines langen Streits zwischen SPD und CDU. Warum ging es? Die CDU wollte 2006/2007, daß die kommenden Landratswahlen, wie die Bürgermeisterwahlen, als Direktwahlen, heißt gewählt vom Volk und nicht von seiner Vertretung, stattfinden. Das fanden die Sozialdemokraten gar nicht lustig und so entstand ein Kompromiß.

Mit dem haben wir es heute zu tun. Dieser Kompromiß lautet nun in der Kommunalverfassung: § 126 Wahl und Abwahl des Landrats durch die Bürger: »Der Landrat wird in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den Bürgern des Landkreises für die Dauer von acht Jahren gewählt. Die Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes über die Wahl und Abwahl des Oberbürgermeisters gelten entsprechend.« § 127 Wahl des Landrats durch den Kreistag: »(1) Vor dem 1. Januar 2010 wird der Landrat für die Dauer von acht Jahren durch den Kreistag gewählt. Der Kreistag darf frühestens sechs Monate vor Freiwerden der Stelle den Landrat wählen oder wiederwählen. (2) Die Stelle des Landrats ist öffentlich auszuscheiden. Bei der Wiederwahl des Landrats kann der Kreistag durch Beschluß von der Ausschreibung der Stelle absehen. Der Beschluß bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder.«

Die Wahlperiode des Landrates Barnim endet am 23. Januar 2010. So ist wie im § 126 vorgesehen eine Direktwahl des Landrates möglich. Das heißt, es können sich wie bei jeder anderen Wahl Bürgerinnen und Bürger bewerben und durch Mehrheitswahl wird entschieden. Aber natürlich kann auch – eben nach Kompromiß § 127 – bis zu 6 Monaten vorher im Kreistag gewählt werden. Doch auch dafür gibt es zwei Möglichkeiten. Die Ausschreibung der Position oder einfach nur die Wiederwahl des Landrates.

Was also ist nun das Problem im Barnim, daß SPD und CDU und FDP, die sich allesamt vor der Kommunalwahl noch für die Direktwahl des Landrates erklärt hatten, sich nunmehr gegen diese Direktwahl sträuben. (Letztere hatte sogar ein Volksbegehren für die Direktwahl der Landräte initiiert.) Beide Spitzenpositionen des Landkreises stehen zur Neu- oder Wiederbesetzung. Und beide Amtsinhaber, Bodo Ihrke

und Wirtschaftsdezernent Carsten Bockhardt fürchten um ihren Arbeitsplatz. Und diese Furcht ist verständlich, teilen sie diese doch mit tausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Landkreis. Nur für »gewählte Vertreter des Volkes« gilt, und das wissen wir alle von Anfang an, sie müssen sich je nach Länge der Wahlperiode aller 4,5, oder 8 Jahre der Wiederwahl stellen. Und nun hat die Kommunalverfassung also die Chance gelassen, daß man nicht vom Volk, sondern von den gewählten Vertretern des Volkes gewählt werden kann. Wer will es den Herren verdenken, daß sie diesen Weg wählen wollen? Schließlich sind 56 Kreistagsabgeordnete besser zu lenken und zu argumentieren als das Volk.

Und da treibt es schon Blüten. Da wurde der LINKEN angeboten, wieder einen 2. Beigeordneten einzuführen, wenn sie dafür auf die Direktwahl des Landrates verzichten würden. Und natürlich dürften den DIE LINKEN besetzen. Und es gab so manch fragwürdiges Agieren der beiden Männer. Und nun wird es unappetitlich, nun wird sogar Angst geschürt. Und da ist Schluß! Ja, Wahlen schließt Wahlkampf ein, aber nicht mit allen Mitteln und nicht zu jedem Preis. Angst, niemand außer Ihrke und Bockhardt könnten die (Weltwirtschafts-, Finanz- und Gesellschafts-)Krise im Barnim meistern, und Wahlen schaden und verunsichern nur in diesen Zeiten und so weiter und so fort.

Man kann es kurz machen. Carsten Bockhardt und Bodo Ihrke fürchten, wenn man dem Volk die Wahl läßt, daß ihre Amtszeiten dann vorbei sind, weil sie dem Volk nicht trauen, daß es »klug« (wieder-)wählt. DIE LINKE sagt, stellen wir uns der Wahl, lassen wir die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, wer den Landkreis als Repräsentant und die Verwaltung an der Spitze führen soll. Und wenn einer fragt, ob die LINKE einen eigenen Kandidaten stellen wird, gibt es nur eine Antwort: Aber sicher, denn wir sehen erheblichen Erneuerungs- und Veränderungsbedarf für und im Barnim und das haben wir bei unserem Angebot des Barnimer Weges deutlich gemacht. Wir glauben, daß die Mehrzahl der Kreistagsabgeordneten zu ihrem Wort stehen und für die Direktwahl votieren und werden namentliche Abstimmung des gestellten Antrages der Bürgerfraktion beantragen, schließlich stehen wir alle im Wort.

MARGITTA MÄCHTIG, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Barnim

Kontakt Eberswalde e.V.

Havellandstraße 15
16227 Eberswalde
Tel./Fax:03334/383070
eMail: kontakt-ebw@t-online.de

Unsere Bibliothek bietet ein reichhaltiges Bücherangebot für alle Lesesinteressenten.

Regelmäßige Freizeitangebote, gemütliches Beisammensein, Internet, Sprachkurse, Lernhilfe, Schach sowie Spaß und Spiel in netter Atmosphäre warten auf alle Interessenten.

Öffnungszeiten: Mo-Do, 9-19 Uhr

Kontaktieren Sie uns!!!

Wir laden Sie ein!!!

Ermächtigung für den Hauptausschuß

Entscheidungsbefugnis für Vergaben von Leistungen und Planungsaufträgen auf eine Million Euro ausgeweitet

Zum Diskussionshöhepunkt der StVV-Sitzung am 26. März wurde die Abstimmung über die Änderung der erst vor zwei Monaten beschlossenen Hauptsatzung der Stadt Eberswalde. Dabei wurde der eigentliche Anlaß der Änderung, die Anhebung der Wertgrenze für Auftragsvergaben durch den Hauptausschuß von 150.000 Euro (bzw. 500.000 Euro bei Straßenbaumaßnahmen) auf eine Million Euro, mit keiner Silbe erwähnt. Begründet wird dieses »Ermächtigungsgesetz« in der Sachverhaltsdarstellung mit der Notwendigkeit, möglichst schnell über die zusätzlichen Mittel aus dem sogenannten »Konjunkturpaket« entscheiden zu können. Die monatlich tagende StVV generiert gegenüber den ebenfalls monatlich durchgeführten Sitzungen des Hauptausschusses offensichtlich irreparablen Zeitverzug.

Während die Beschleunigungsregelungen in Bund und Land auf zwei Jahre begrenzt sind, finden sich beim Hauptsatzungsbeschluß keine zeitliche Begrenzungen. Ebenso gelten die neuen Grenzen nun generell und nicht nur für die Mittel des »Konjunkturpakets«. Der Satz in der Sachverhaltsdarstellung hat alle überzeugt: »Die Stadt Eberswalde steht sozusagen in den Startlöchern, um die regionale Wirtschaft mit Hilfe des Konjunkturprogramms II zu unterstützen. Derzeit werden mögliche Förderobjekte gesichtet.« Zuvor wurde informiert, daß »nach den bisherigen Erkenntnissen« für die Stadt Eberswalde 2,6 Millionen Euro zur energetischen Sanierung

von Schulen und Kindergärten, von Sportstätten, Jugend- und Altentreffs und Feuerwehren sowie für Maßnahmen zur Umsetzung der Barrierefreiheit als Teil der öffentlichen Fürsorge und für Lärmschutz an kommunalen Straßen zur Verfügung stehen. Mithin geht es bei Ausschöpfung der Wertgrenzen um 2,6 Entscheidungen durch den Hauptausschuß.

Ob bewußt oder unbewußt – diese wichtige Änderung in der kommunalpolitischen Entscheidungsstruktur wurde verschleiert und aus der öffentlichen Wahrnehmung völlig herausgebeamt durch die heftige Diskussion, die sich zum Für und Wider der Beiräte entfaltete. Im Januar, als die Hauptsatzung inclusive der Regelungen zu den Beiräten beschlossen worden war, gab es kaum Diskussionen, wie Hans-Joachim Blumenkamp (CDU) süffisant anmerkte. Beiräte seien Gremien, in denen Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich mitarbeiten wollen, sagte er und widersprach der Auffassung von Wolfgang Sachse (DIE LINKE), der die Anbindung der Beiräte an die StVV als »Webfehler der neuen Kommunalverfassung« charakterisierte. Die Stadtverordneten seien gar nicht in der Lage, so Sachse, die Beiräte entsprechend zu begleiten, wie das bisher von der Stadtverwaltung praktiziert worden war. Er äußerte die Befürchtung, daß die Beiräte »zum Feigenblatt für Bürgerbeteiligung und zur bloßen Formalität erstarrten« könnten. Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen) zeigte sich erstaunt ob der

»verwirrenden Diskussion« wegen banaler Formalitäten. Wie Blumenkamp wandte sie sich gegen den Vorwurf, bei einer Mitarbeit in Beiräten würde sie den Bürgern Plätze wegnehmen. Über den inszenierten Streit berichtete sehr ausführlich auch die lokale Tageszeitung, wenn auch mit kleinen Rechenfehlern bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse, die auf Antrag von Jürgen Kumm (Freie Wähler) für jeden einzelnen Beirat in namentlicher Abstimmung zustande kamen. Mit 19 Ja-Stimmen bei 9mal Nein und 7 Enthaltungen schnitt der Seniorenbeirat am schlechtesten ab. Für den Sanierungsbeirat stimmten 24 und für den Kulturbeirat 29 Stadtverordnete. Das Kinder- und Jugendparlament ging ohne namentliche Abstimmung einstimmig durch. Bemerkenswert an der Berichterstattung der lokalen Tageszeitung, nicht nur in dieser Angelegenheit, ist die konsequente Nichterwähnung der Fraktion der Fraktionslosen, deren Abgeordnete ebenso wie die von CDU, Freie Wähler und Bündnisgrünen geschlossen für die Beiräte stimmten. Bei der SPD gab es eine Stimmenthaltung beim Seniorenbeirat durch Angelika Röder. Die übrigen Enthaltungen und die Gegenstimmen kamen von einem Teil der Linken und aus den Reihen der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim. Der Einzelabgeordnete Dr. Hans Mai stimmte gegen den Seniorenbeirat und für die anderen Beiräte.

GERD MARKMANN

Mitwirken und fördern statt einschränken Landrat direkt wählen

Gegenwärtig existieren in der Stadt mehrere Beiräte als Mitwirkungsgremien der Bürger: der Sanierungsbeirat, der Kulturbeirat, der Seniorenbeirat und der Kleingartenbeirat. Sie haben die Aufgabe, die Belange und Interessen der von ihnen vertretenen Gruppen zu artikulieren und in den sie betreffenden Fragen die Stadtverordneten und die Stadtverwaltung zu beraten.

Bisher waren die Beiräte bei der Stadtverwaltung angebunden und wurden von ihr betreut. Sie stellen eine wichtige Form der Einbeziehung interessierter Bürger und Fachleute dar. Der Kulturbeirat wurde erst in der Amtszeit von Bürgermeister Boginski als Forum kreativer Menschen zur Förderung der kulturellen Entwicklung der Stadt geschaffen.

Im Rahmen der Diskussion zur neuen Hauptsatzung der Stadt tritt jetzt ein plötzlicher Sinneswandel beim Bürgermeister und einigen Stadtverordneten zu Tage. Die Beiräte werden auf einmal nicht mehr gebraucht und können bzw. sollten abgeschafft werden. Die Verwaltung hat angeblich keine Kapazität mehr, sie zu betreuen. Das bedeutet einen Affront gegenüber den engagierten Bürgern, die bisher mitarbeiteten und sich weiterhin einbringen wollen und ist ein fatales Signal für die Bürgerbeteiligung und das ehrenamtliche Engagement überhaupt. Der Bürgermeister sollte sich dessen bewußt sein und sich an seine eigenen Maßstäbe erinnern.

KAREN OEHLER,
Fraktionsvorsitzende Grüne/B90

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen steht eindeutig für eine Direktwahl des Landrates durch die Bürger des Kreises. Bei uns herrscht allerdings kein Partei- oder Fraktionszwang. Jeder Abgeordnete entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Wir gehen aber davon aus, daß unsere Kreisratsmitglieder in diesem Sinne votieren werden. Die Abkehr von SPD und CDU von einer Direktwahl des zukünftigen Landrates betrachten wir als sehr enttäuschend. Vor der Kommunalwahl begründete Landrat Ihrke seine Kandidatur für ein Kreisratsmandat, das er ohnehin nicht antreten konnte, mit einem angeblichen Testlauf für die Direktwahl des Landrates 2010. Die CDU tönte noch lautstärker für eine Landratswahl durch die Bürger. Nun macht die »große Koalition« einen Rückzieher und versucht, die Sicherung ihrer Posten im Kreistag zu organisieren. Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, die mit der neuen Kommunalverfassung eröffnete Möglichkeit der Direktwahl unbedingt wahrzunehmen. Sie bietet die Chance, die Bürgerinnen und Bürger stärker für die Kreispolitik zu interessieren und ist ein Schritt in Richtung direkte Demokratie.

STEFAN STAHLBAUM, Bündnis 90/Grüne

Machbarkeitsstudie zur »Telekomstraße«

Eberswalde (bbp). Zwischen März und Juni soll das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie zum Ausbau der sogenannten Telekomstraße zwischen Finow und Biesenthal vorliegen. Anschließend kommt dann eine entsprechende Entscheidungsvorlage auf den Tisch der Stadtverordneten. Darüber informierte die Stadtver-

waltung auf Nachfrage der Freien Wähler Eberswalde im Februar den Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt.

Nach Einschätzung der Verwaltung hat die Straße keine hohe Verkehrsbedeutung. Dies ist auch im Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Eberswalde festgehalten.

Baumschutzverordnung

Eberswalde (bbp). Eine gemeinsame Beschlußvorlage der Bündnisgrünen und der SPD zur »Erarbeitung einer Baumschutzsatzung für Eberswalde« war zu Beginn der StVV-Sitzung am 26. März von der Tagesordnung genommen worden. Karen Oehler (Bündnis 90/Grüne) hatte das damit begründet, daß noch einige Fragen geklärt werden müßten und die Behandlung des Beschlußvorschlages daher auf den April verschoben werde. In der Einwohnerfragestunde nutzte Bernd Pomraenke aus Finow die Gelegenheit, eindringlich auf die Notwendigkeit einer Baumschutzsatzung hinzuweisen. Dies habe er von gleicher Stelle aus schon vor einem Jahr gefordert. Damals gab es in Finow umfangreiche »Baumpfleßmaßnahmen«. Das Ergebnis zeige sich in diesem Frühjahr in umfangreichen Schädigungen in dem »gepflegten« Baumbestand. So seien in der Kastanienallee viele der vor einem Jahr heruntergeschnittenen Kastanien vom Spaltblätling befallen, einem Pilz, der u.a. die Entstehung von Weißfäule fördert. Pomraenke befürchtet daher, daß über kurz oder lang alle Kastanienbäume in der Kastanienallee gefällt werden müssen. Er mahnte an, dem Baumschutz in der Waldstadt Eberswalde unbedingt größeren Stellenwert beizumessen.



Kastanienallee ist nach den »Pfleßmaßnahmen« im vorigen Winter von Totalfällung bedroht.

Kein Cross Border Leasing

Eberswalde (bbp). In der Einwohnerfragestunde am 26. März thematisierte Dr. Siegbert Kuserow aus Finow die Gefahren, die auf Kommunen zukommen könnten, die mittels Cross Border Leasing (CBL) eine finanzielle Entlastung für ihren Haushalt erhofft hatten. In der Presse war über diese Gefahren im Zusammenhang mit drohenden Verlusten in Millionenhöhe bei den Berliner Verkehrsbetrieben berichtet worden. Der 1. Beigeordnete der Stadt Eberswalde Lutz Landmann konnte die Befürchtungen von Dr. Kuserow indes entkräften. »Eberswalde hat sich an solchen Transaktionen nicht beteiligt«, so Landmanns klare Aussage.

»Unbequem woll'n wir sein«

»Nicht auf Zehen woll'n wir – aufrecht gehen woll'n wir. Unbequem woll'n wir sein.« Das sang einst die Klaus-Renft-Combo mit einem Text von Gerulf Pannach in dem DDR-Kultfilm »Für die Liebe noch zu mager?«. Sechszunddreißig Jahre später, im Jahre 2009 in Eberswalde, sind Unbequeme bei so manchen ebensowenig erwünscht, wie anno dazumal.

Dies mußte auf der StVV-Sitzung am 26. März der Stadtverordnete der LINKEN Carsten Zinn erfahren. Im Dezember 2008 hatte er auf eine Anfrage zu Baumfällungen in der Rudolf-Breitscheid-Straße vom städtischen Baudezernenten Dr. Gunther Prüger zur Antwort erhalten, daß »keine weiteren Fällungen in Eberswalde und den Ortsteilen vorgesehen« seien. Entgegen dieser Aussage häuften sich aber im Februar und März die Meldungen über Baumfällungen in Eberswalde. Es schien, als sei ein regelrechtes Kettensägenmassaker im Gange. Daher stellte Carsten Zinn im Februar eine erneute Anfrage. Bei Baumkontrollen im Dezember, Januar und Februar, so die Antwort, hätten sich »verschiedenste Schadensbilder« ergeben, weshalb eine ganze Reihe weiterer Fällungen veranlaßt worden seien. »Weitere Fällungen sind geplant, die aus Kontrollgängen und Baumaßnahmen resultieren«, hieß es. Nähere Auskünfte unterblieben. Sehr allgemein blieb auch die Antwort des Baudezernenten auf die Frage nach Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Im März hat die »Barnimer Bürgerpost« dieses Problem thematisiert (»Wie krank sind die Eberswalder Bäume?«, BBP 3/2009).

Es waren vor allem die knappen Antworten des Baudezernenten, die angesichts des beängstigenden Zustands der Bäume im Eberswalder Stadtgebiet Carsten Zinn zu einer erneuten Nachfrage, diesmal mit detaillierten Fragestellungen, veranlaßten. Bedenklich sei vor allem, sagte Carsten Zinn gegenüber der BBP-Redaktion, »mit welcher Dynamik die Baumkrankheiten um sich greifen. Scheinbar vitale und mit prächtigem Grün ausgestattete Bäume werden von einer Baumschau auf die andere so stark von Krankheiten befallen, daß zur Gefahrenabwehr nur noch eine Fällung in Frage kommt.«

Mit seiner ausführlichen Frage zur StVV-Sitzung am 26. März zu »Baumfällungen in Eberswalde« zog er zunächst einen kampagnenartigen Schwall an Vorwürfen auf sich. Zunächst

zeigte sich Dezernent Dr. Prüger äußerst unwillig, die bereits vorliegende schriftliche Antwort, wie ansonsten üblich, kurz mündlich zu erläutern. Er verwies vielmehr auf den hohen Verwaltungsaufwand, den die Beantwortung der Anfrage verursacht habe. Bereits im Vorfeld der StVV hatte die Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Barbara Bunge öffentlich gegen Zinns Aktivitäten als Abgeordneter polemisiert. Die Kampagne wurde in der StVV-Sitzung von den Stadtverordneten Jürgen Kumm und Dr. Hans Mai aufgegriffen. Die Anfrage sei unsachlich, damit würde die Stadtverwaltung mißbraucht werden, meinte Kumm, der in seinem Eifer gar einen Ordnungsruf der Vorsitzenden riskierte, weil er seinerseits unsachlich wurde. Dr. Mai polemisierte in dieselbe Richtung. Die Anfrage zeuge von Mißtrauen gegenüber der Stadtverwaltung. Die Stadtverordneten hätten nicht die laufende Verwaltungsarbeit zu kontrollieren, so Mai, sondern müßten das allgemeine im Blick haben. Schon aus Gründen der Sparsamkeit sei auf solche Anfragen zu verzichten. Ein Teil der Stadtverordneten spendete Beifall. Lediglich Ingo Naumann (FDP/BFB) verteidigte das Recht der Stadtverordneten, Anfragen zu stellen.

Carsten Zinn stellte daraufhin klar, daß er weder dem Personalrat der Stadtverwaltung, noch der Verwaltung insgesamt oder einzelnen Abgeordneten anderer Fraktionen verpflichtet sei, sondern einzig den Wählerinnen und Wählern. Daher werde er auch künftig Anfragen, die von Bürgerinnen oder Bürgern an ihn herangetragen werden, an die Verwaltung weiterleiten. Enttäuschend sei vor allem, daß die Kritiker mit keiner Silbe auf die eigentliche Sache eingegangen seien, wie in der Stadt mit dem Thema Baumschutz umgegangen werde. Das zu thematisieren sei Sinn und Zweck der Anfrage gewesen. An dieser Stelle klatschte ein anderer Teil der Stadtverordneten Beifall.

GERD MARKMANN

Niederschriften wieder mit Inhalt

Eberswalde (bbp). Seit Januar werden die Sitzungsprotokolle der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung im Internet veröffentlicht. Die Freude über diesen Zuwachs an Transparenz und Offenheit wurde allerdings getrübt, denn die Niederschriften kamen deutlich inhaltsärmer daher, als bis dahin üblich (vgl. »Angst vor Transparenz?« in BBP 2/2009). Dies stieß auch bei den Stadtverordneten wiederholt auf Kritik. Schließlich regte Ingo Naumann (FDP/ Bürgerfraktion Barnim) auf der Februar-StVV an, daß sich der Hauptausschuß

auf seiner nächsten Sitzung damit befassen sollte. Am 26.3. konnte Bürgermeister Friedhelm Boginski den Stadtverordneten berichten, daß der Hauptausschuß sich darauf geeinigt habe, daß die Niederschriften künftig nicht mehr nur aus der Aufzählung der jeweiligen Diskussionsteilnehmer bestehen solle, sondern daß die wesentlichen Inhalte der Diskussionen sowie der Einwohner- und Abgeordnetenfragestunden entsprechend der bis Ende 2008 üblichen Praxis kurz zusammengefaßt wiedergegeben werden.

Diskussion zur 380-kV-Leitung:

»Nur wenn wir den Mund aufmachen...«

Baudezernent Dr. Prüger als offizieller Vertreter des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung hielt den Mund

Eberswalde (bbp). Zu einer gemeinsamen Einwohnerversammlung für die Bürgerinnen und Bürger der Ortsteile Finow und Brandenburgisches Viertel zur Problematik der 380-Kilovolt-Freileitung zwischen Finow-Ost und dem Brandenburgischen Viertel hatten am 5. März die beiden Ortsvorsteher Arnold Kuchenbecker (SPD) und Carsten Zinn (DIE LINKE), der die Moderation übernommen hatte, sowie Baudezernent Dr. Gunther Prüger in die Grundschule Finow eingeladen. Den etwa fünfzig Bürgerinnen und Bürgern, unter ihnen die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtigt (DIE LINKE), die beiden Kreistagsabgeordneten Ingo Postler (FDP) und Albrecht Triller (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) sowie sechs Stadtverordnete, standen Thomas Pfeiffer und Hartmut Lindner von der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« sowie Rainer Andreas, Elke Brennenstuhl, Meike Wulfers von der Vattenfall Europe Transmission GmbH und der Strahlenschutzexperte Dr. Siegfried Eggert Rede und Antwort.

Den nachhaltigsten Eindruck aller Anwesenden hinterließ der Baudezernent Dr. Prüger. Als offizieller Vertreter des Bürgermeisters sagte er während der gesamten Veranstaltung kein einziges Wort. So blieb es dem SPD-Stadtverordneten Eckhard Schubert vorbehalten, auf den Beschluß zur Erdverkabelung hinzuweisen, der im Dezember auf Vorschlag der LINKEN von der StVV verabschiedet wurde (BBP 12/2008).

Als Einführung wurde zunächst ein Fernsehbeitrag des RBB zum Thema gezeigt. Als wichtiges Argument gegen eine Freileitung thematisierte der Beitrag die Elektromog-Gefahr. Die Diskussion darüber nahm denn auch breiten Raum ein und entfachte einen sehr emotional geprägten und mit viel Polemik geführten Streit. Am Ende kam heraus, Gefährdungen durch Elektromog sind weder eindeutig nachweisbar, noch können sie sicher ausgeschlossen werden. Insofern bleibt es ein Streit um Glaubensfragen, der Befürchtungen bei den betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern keinesfalls ausräumen kann.

»Wir sind der Meinung«, stellte Rainer Andreas von der Vattenfall Europe Transmission GmbH klar, »daß die Strahlung durch die Magnetfelder der Freileitungen für den Menschen ungefährlich sind«. Der Bau der »Uckermark-Leitung« zwischen Neuenhagen bei Berlin und Bertikow erfolge aufgrund gesetzlicher Vorgaben. Nach einer Netzstudie der Deutschen Energie-Agentur (dena) werde der Ausbau der erneuerbaren Energien künftig vor allem über Offshore-Windkraftanlagen in der Ost- und Nordsee erfolgen. Insgesamt sollen erneuerbare



Fünzig Bürgerinnen und Bürger aus Finow und dem Brandenburgischen Viertel folgten der teilweise sehr emotional geführten Debatte zwischen Vertretern der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom« und Vattenfall Europe zur Verlegung der geplanten 380-kV-Höchstspannungsleitung als Erdkabel oder Freileitung.

re Energien im Jahr 2020 mindestens 20 % der gesamten Stromerzeugung in der BRD decken. Dieser Strom muß vom Norden in die Zentren des Verbrauchs in der Mitte und im Süden der Republik transportiert werden. Dafür sei der Ausbau des 380-kV-Netzes dringend erforderlich. Für die »Uckermarkleitung« laufe derzeit das Planfeststellungsverfahren. Der Bau soll in den Jahren 2010 und 2011 realisiert werden. Vattenfall geht von einer Freileitung aus, die weitgehend der Trasse der bestehenden 220-kV-Freileitung folgen soll. Die ca. 25 Meter hohen Leitungsmasten würden durch Masten mit einer Höhe von 50 Metern ersetzt werden, die aber in einem größeren Abstand von einander stehen. Die Breite der künftigen Trasse sei nur unwesentlich breiter als jetzt. Der Ausbau als Erdkabel kommt derzeit für Vattenfall nicht in Frage. »Wir halten uns strikt an das deutsche Gesetz«, sagte Rainer Andreas. Nach der Bundesnetz-Agentur seien Erdkabel nicht »Stand der Technik«. Daher könnten die höheren Investitionskosten auch nicht umgelegt werden. Andreas stellte klar, daß es ökonomische Gründe sind, weshalb Vattenfall die Freileitung präferiere. Erdkabel seien bis zu 12mal so teuer wie Freileitungen. Außerdem gebe es derzeit für 380-kV-Leitungen keine ausgereifte Technik für Erdverkabelung. Die bestehende 220-kV-Leitung sei durch den Ausbau des Windstroms an der Grenze ihrer Kapazität, daher drücke auch die Zeit. Vattenfall sei zur Versorgungssicherheit verpflichtet. Das derzeit gültige Gesetz erzwingt die Freileitung. Andreas räumte ein, daß bei Gesetzesänderungen auch Vattenfall »drüber nachdenken« werde. Die Erdverkabelung erfordere jedoch ein Pilotprojekt mit mindestens 5 Jahren Laufzeit. »Ein solches Pilotprojekt wollen wir in Thüringen bauen«.

Thomas Pfeiffer von der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« konterte: »Wir wollen das Pilotprojekt hier«. Erdkabel sei Zukunftstechnik, auf über 20.000 Kilometern in Europa erprobt. Künftige Übertragungstechnik werde auf Gleichstrom und Kabeln basieren. In 30 Jahren werde es andere Energiequellen und andere Transportwege geben als heute. Deshalb gelte es, schon jetzt auf Zukunftstechnologien zu setzen. Die Kosten für Erdkabel seien im übrigen bei weitem nicht so hoch wie dargestellt. Der niedersächsische Ministerpräsident sprach im September vor dem Bundesrat von 2,8fachen Mehrkosten. Diese Mehrkosten würden durch die geringeren Wartungskosten und vor allem durch die weit geringeren Energieverluste wettgemacht.

Die beiden Vertreter der Bürgerinitiative, aber auch viele Zuhörer, brachten eine ganze Reihe weiterer Argumente gegen die Freileitung und für das Erdkabel vor. So wurden neben den gesundheitlichen Gefahren und den Fragen der technologischen und ökonomischen Zukunftssicherheit auch Aspekte des Vogelschutzes, des Landschaftsbildes und der Betriebssicherheit bei Unwettern angesprochen. Die Vertreter von Vattenfall gaben sich alle Mühe, auf jedes Argument mit einem fundierten Gegenargument zu antworten. Überzeugen konnten sie damit kaum jemanden. Am Ende blieb Rainer Andreas nur übrig, den Beschluß seiner Konzernführung zu wiederholen: »Wir werden den Bau der Freileitung beantragen«. Thomas Pfeiffer rief im Gegenzug die Anwesenden auf, ihre demokratischen Möglichkeiten im Planfeststellungsverfahren zu nutzen und ihre Einsprüche vorzubringen. »Die Politiker kommen nur in Bewegung«, so Pfeiffer, »weil wir den Mund aufmachen«.

Über 1-Euro-Jobs informiert

Abseits vom Tagesgeschäft hatte sich die Linksfraktion in der StVV Eberswalde am 9. März mit der Situation der Ein-Euro-Jobber in Projekten der Stadtverwaltung befaßt. Im Fachchinesisch der Hartz IV-Gesetzgebung heißen diese Stellen »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung«. Als Gesprächspartner hatte sich die Linke den Projektverantwortlichen der Stadt, Thomas Holzhauer und mit Dieter Korte einen Vertreter der Gewerkschaft Verdi eingeladen. Holzhauer führte aus, daß bereits zum Ende des Jahres 2008 die anvisierte Zahl von 200 Stellen überschritten wurde und im Jahr 2009 weitere vorgesehen sind. Als hauptsächliche Einsatzgebiete für die Langzeitarbeitslosen, nannte er den Stadtforst, den Familiengarten und Stadtteilpflege. Mit der Ankündigung, daß für das Reifenlager Nordend ein neues Einsatzgebiet erschlossen wird, löste Holzhauer Nachfragen zu den Kriterien für die Auswahl der Projekte aus. Fraktionsmitglieder und auch der Verdi-Vertreter äußerten Zweifel daran, daß diese Maßnahme die Anforderung an die Zusätzlichkeit erfüllt und daß sie nicht zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber gewerblichen Unternehmen führt.

Im weiteren hob Holzhauer die gute, wenn auch nicht konfliktfreie Zusammenarbeit mit dem Personalrat der Stadtverwaltung bei der Projektabstimmung hervor, eine Einschätzung, die auch der Verdi-Vertreter, Dieter Korte, so bestätigen konnte. Im Zusammenhang mit Ausführungen zum Problemkreis Kommunalkombi, einer weiteren Form der öffentlichen Beschäftigungsförderung, die auch in Eberswalde Anwendung findet, hob Korte als besonderen Vorteil die Anwendung tariflicher Vereinbarungen für den öffentlichen Dienst auf diese Beschäftigungsverhältnisse hervor. Dieter Korte unterstrich in seinen Ausführungen die grundsätzliche Ablehnung der Hartz IV-Gesetzgebung durch die Gewerkschaften. Diese Position wird durch die Linksfraktion ausdrücklich unterstützt. Dennoch war sich die Fraktion mit dem Gewerkschaftsvertreter über die Notwendigkeit einig, Den Einsatz von Langzeitarbeitslosen in Projekten der Stadtverwaltung weiter unter Kontrolle zu halten und bei Anzeichen von Unregelmäßigkeiten auch die Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen zu führen.

WOLFGANG SACHSE

Das Geheimnis von Harnekop

Am Sonntag, dem 5. April, führt Förster i.R. Gottfried Lehmann Interessierte in das »Geheimnis von Harnekop« ein. Auf der 7 km weiten Wanderung bringt Förster Lehmann die Natur und der Geschichte von Harnekop und seinen Seen näher. Geplant ist eine Kaffee- und Kuchenrast am alten Forsthaus. Treff: 13.30 Uhr, Kirche, 15345 Prötzel Ortsteil Harnekop. Organisationsgebühr: Erwachsene 2 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde 50 Cent.

Phobie gegen direkte Demokratie?

Schon am 13. Dezember 2007 hatte Otto Baaz in der Einwohnerfragestunde der StVV im Namen des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde die Überarbeitung der Straßenausbaubeitragsatzung gefordert. Anlaß war, daß die Anlieger der Jahnstraße in Finow des Ausbaus ihrer Straße wegen der hohen Kosten abgelehnt hatten. Die Fraktion »Allianz freier Wähler« hatte daraufhin einen Antrag zur Überarbeitung dieser Satzung gestellt. Angestrebt wurde eine Differenzierung der Kostenbeiträge für den Ausbau der Anliegerstraßen und die Beteiligung der Anlieger an der Entscheidung über den Ausbau.

Der nun nach einem Jahr von der Verwaltung vorgelegte Satzungsentwurf enthält weder die Differenzierung der Anliegerbeiträge noch die Beteiligung der Anlieger bei der Entscheidung. Mit einer Vorlage zum »Verfahren zur Realisierung von Straßenbaumaßnahmen in Eberswalde« versucht nun die Stadtverwaltung die Bürgerbeteiligung aus der Straßenausbaubeitragsatzung herauszunehmen. Die Bürgerbeteiligung beschränkt sich dabei auf die Information und Anhörung der Anlieger. Ihre Einbeziehung in die Entscheidung über den Straßenausbau ist nicht vorgesehen. Bürgermeister Boginski war nicht dafür zu gewinnen, die Bürgerbeteiligung statt mit einer gesonderten Vorlage im Rahmen der Straßenausbaubeitragsatzung zu regeln und den Verwaltungsantrag zurückzuziehen. Die StVV lehnte meinen Antrag ab, die Entscheidung über den Straßenbau mit einzubeziehen. Als ich daraufhin feststellte, daß es offensichtlich eine Phobie gegen Elemente der direkten Demokratie gebe, widersprach Boginski unter Verweis auf die Entwicklungen der letzten drei Jahre. Da muß er sich allerdings fragen lassen, wo denn in den letzten drei Jahren Elemente der direkten Demokratie Einzug gehalten haben?

Im Entwurf der Straßenausbaubeitragsatzung, die am 30. April beschlossen werden soll, sind jedenfalls keine Beteiligungsrechte (außer Information und Anhörung) vorgesehen. In der Sachverhaltsdarstellung heißt es: »Die Beteiligung kann jedoch nicht dazu führen, daß die Entscheidungskompetenz der Stadtverordnetenversammlung eingeschränkt wird, da die Stadt Eberswalde als Straßenbaulastträger und Verkehrssicherungspflichtige stets handlungs- und entscheidungsfähig sein muß.« Die Bürger dürfen den oft schwerhörigen Verwaltungsbeamten ihre Meinung sagen, und sie dürfen auch bezahlen, aber selbst (direkt) mitbestimmen, was mit ihrem Geld gemacht wird, dürfen sie nicht.

Das gleiche vollzog sich jüngst beim Thema Bürgerhaushalt. Seit Beginn der Diskussionen um den Bürgerhaushalt steht die Frage, ob und wie Bürger z.B. bei den städtischen Investitionen mitentscheiden können. Aber auch hier kommt die Bürgerbeteiligung nicht über die Entgegennahme von Vorschlägen hinaus. »Die Entscheidungskompetenz bleibt bei den Stadtverordneten. Ein Verfahren wie in Brasilien, in welchem auch die Entscheidungskompetenz auf die Bürger übertragen wird, ist in Deutschland nicht verbreitet«, so Amtsleiterin Geissler in ihrer schriftlichen Beantwortung einer Einwohnerfrage im Hauptausschuß am 19.02.09.

Die Öffnung bestehender Verfahren der repräsentativen Demokratie gegenüber »normalen« Bürgern ist aber noch kein Bürgerhaushalt, mehr ist allerdings derzeit in der Stadt Eberswalde nicht gewollt.

Es ist zwar tröstlich, wenn der Eberswalder Bürgermeister meint, es habe sich in den letzten drei Jahren etwas in Richtung direkter Demokratie entwickelt, denn das spricht für seine guten Vorsätze. Aber wo echte Ergebnisse sind, das muß er erst noch erklären.

ALBRECHT TRILLER

Als Verwaltungsdezernent berufen

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die StVV hat am 26. März mit überwältigender Mehrheit (vier Enthaltungen) auf Vorschlag des Bürgermeisters den bisherigen Amtsleiter des Steuerungsdienstes Bellay Gatzlaff zum Verwaltungsdezernenten berufen. Bellay Gatzlaff leitet ab dem 1. April das neue Verwaltungsdezernat (Dezernat I), dem das Hauptamt, die Kämmererei, das Rechtsamt, der Projektstab Beschäftigungsförderung und der Steuerungsdienst zugeordnet sind. Neben dem Bürgermeisterbereich mit der Pressestelle und dem Sitzungsdienst bleibt auch das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus dem Bürgermeister unterstellt. Das Dezernat II mit dem Beigeordneten Lutz Landmann an der Spitze umfaßt das Bürgeramt, Ordnungsamt, das Amt für Bildung, Jugend und Sport, das Kulturamt und den Tierpark. Außerdem ist die Referentin für

Mit vier Enthaltungen berief die Eberswalder StVV den bisherigen Amtsleiter für den Steuerungsdienst Bellay Gatzlaff zum Verwaltungsdezernenten der Stadt Eberswalde.



soziale Angelegenheiten Barbara Ebert im Dezernat II angesiedelt. Zum Bereich des Baudezernenten Dr. Gunther Prüger schließlich gehören das Liegenschaftsamt, Stadtentwicklungsamt, Bauordnungsamt, das Bauamt und der Bauhof.

Politisches Konzept gegen hohe Wasserpreise fehlt

Eberswalde (bbp). Im Dezember 2008 hatte der Stadtverordnete Carsten Zinn beim Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski angefragt, welche Möglichkeiten dieser sehe, die laut einem Presseartikel für das Jahr 2010 avisierten Gebührenerhöhungen beim Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) abzuwenden und welche Konzepte er zur langfristigen Lösung des seit Mitte der 90er Jahre latenten »Abwasserproblems« habe (BBP 1/2009). Boginski machte es sich einfach und reichte die Anfrage an den ZWA-Verbandsvorsteher Wolfgang Hein weiter. Dieser konnte natürlich nur aus der betriebswirtschaftlichen Sicht des Zweckverbandes antworten. »Gebührenerhöhungen«, so Hein, »sind das allerletzte Mittel« (BBP 3/2009).

Zu den politischen Konzepten des Bürgermeisters zur Lösung des »Abwasserproblems« konnte der Verbandsvorsteher natürlich keine Auskunft geben. In seiner Antwort erklärte er: »Der ZWA hat kein latentes Abwasserproblem«. In der Fußnote folgte die Erläuterung des Wortes »latent« laut Duden: »vorhanden aber [noch] nicht in Erscheinung tretend«. Tatsächlich trat das »Abwasserproblem« bereits im Jahr 1994 in Erscheinung als klar wurde, daß deutlich weniger Wasser verbraucht wird als geplant (70 l pro Tag und Einwohner statt 124 l).

In der Folge entwickelte sich aus diesem Anlaß heraus in Eberswalde eine politische Krise, die in der Abwahl des damaligen SPD-Bürgermeisters Dr. Hans Mai durch die Bürgerinnen und Bürger gipfelte. Gelöst wurde das »Abwas-

serproblem« damit nicht. Mit deutlichen Gebührenerhöhungen, betrieblichen Maßnahmen sowie Liquiditätshilfen und Gesetzesanpassungen des Landes konnte die wirtschaftliche Situation des ZWA stabilisiert werden. In umfangreichen juristischen Auseinandersetzungen mit der Abwasserbürgerbewegung klärte sich auch die juristische Situation des ZWA. Die Landesregierung bescheinigt, »daß der ZWA wirtschaftlich stabil ist und gut geführt wird«.

Dennoch konnte der Verbandsvorsteher Gebührenerhöhungen nicht ausschließen. Das Verbrauchsverhalten ist gleichbleibend niedrig bei rund 80 Litern je Einwohner und Tag. Im Land Brandenburg werden demgegenüber 100 Liter, im BRD-Durchschnitt sogar 120 Liter verbraucht. Da ein Großteil der Kosten des ZWA verbrauchsunabhängig ist, hat das logischerweise negative Wirkungen auf den Mengengericht. »Ob Gebührenerhöhungen und/oder Strukturveränderungen ab dem Jahr 2010 notwendig sind und welche Sparten (Trinkwasser, leitungsgebundene Schmutzwasserbeseitigung, mobile Schmutzwasserbeseitigung) sie betreffen, werden die entsprechenden Kalkulationen zeigen, die im Herbst 2009 vorliegen werden.«

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht hat der ZWA keine Alternativen. Wenn die es die Kalkulationen ergeben, sind Gebührenerhöhungen die Folge. Daher richtete sich die Frage von Carsten Zinn ja auch ausdrücklich an den politisch Verantwortlichen. Doch dessen Antwort fehlt noch immer.

Entwicklung der Kredite des ZWA 1996 – 2007 (in Euro)

Jahr	Kredite	Tilgung	Zinsen	durchschn. Zinssatz	
1996	158.182.948	2.820.263	9.531.980	6,03%	
1997	150.796.850	1.750.800	9.088.532	6,03%	
1998	149.827.076	3.713.002	8.347.514	5,77%	
1999	148.780.422	1.385.946	8.341.483	5,61%	
2000	149.230.032	1.330.683	8.222.085	5,51%	
2001	147.377.815	1.523.009	7.402.753	5,02%	
2002	145.723.956	2.055.539	7.186.735	4,93%	
2003	146.200.699	2.345.836	6.445.421	4,41%	Bemerkungen: 2003 hat
2004	138.327.588	7.873.111	6.228.751	4,50%	der ZWA den AZV Sanden-
2005	134.366.431	3.961.158	5.870.246	4,37%	den übernommen. 2004 er-
2006	129.929.942	4.436.488	5.27.023	4,02%	folgte eine Sondertilgung.
2007	126.862.726	3.067.216	4.905.536	3,87%	Quelle: ZWA Eberswalde

Umweltaufgaben in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Auf Anregung der AG Umwelt bei den Barnimer Linken fragte der Stadtverordnete Jörg Schneidereit zur Stadtverordnetenversammlung am 26. März nach der aktuellen Organisation der Umweltaufgaben in der Eberswalder Stadtverwaltung. »Im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Straffung und Effektivierung der Arbeit der Stadtverwaltung Eberswalde«, so Schneidereit, »erfolgte Mitte der 90er Jahre die Auflösung des städtischen Umweltamtes und die Übertragung der bis dahin vom Umweltamt wahrgenommenen Aufgaben auf andere Be-

reiche der Stadtverwaltung. Hierzu bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Pflichtaufgaben im Bereich Umwelt und Natur sind durch die Stadt Eberswalde zu erfüllen? Welche Struktureinheiten der Stadtverwaltung sind damit befaßt?

2. Welche freiwilligen Aufgaben im Bereich Umwelt und Natur werden durch die Stadt Eberswalde wahrgenommen? Welche Struktureinheiten der Stadtverwaltung sind damit befaßt?«

Der Bürgermeister sagte eine schriftliche Antwort zu.

B167neu – Nordtrasse:

»Grüne Büttenrede«

Die Faschingszeit nutzten einige nicht ernst zunehmende Anhänger einer südlichen Trassierung der B 167 neu, um für diese zu werben. Dem Stand der Planungen und des Raumordnungsverfahrens (ROV) wird das erneute Bemühen um eine nördliche Streckenführung in keiner Weise gerecht. Im durchgeführten ROV wurde eine sehr ausführliche Bewertung von zwei südlichen und einer nördlichen Streckenführung der B 167 neu vorgenommen. Die Umweltverträglichkeit ergab die geringeren Eingriffe im nördlichen Bereich. Das Verfahren war mit öffentlicher Beteiligung und etwa 800 Bürger aus Finow hatten sich mit der klaren Aussage daran beteiligt, daß die neue Bundesstraße an der Stadt vorbei in den nördlichen Bereich gehört. Hier befinden sich die alten und die neuen industriellen Kerngebiete, der Hafen und die Gewerbegebiete. Ein direkter Zusammenhang dieser Gewerbegebiete mit einer Bundesstraße 167 neu ist sinnvoll und die Vorteile liegen auf der Hand.

Peinlich für die Fraktionsvorsitzende des Bündnis 90/Die Grünen, Frau Oehler, die jetzt wieder die alte Verhinderungsplatte der Nordvariante abspielt. Eine Beeinträchtigung am Udersee, die fehlende Erschließung Finowfurts und eine zu geringe Entlastung der alten B 167 sind aus ihrer Sicht die relevanten Gründe, die Ergebnisse des ROV anders zu interpretieren. Die angeblich »grüne« Frau Oehler bemüht diesmal gegen die nördliche Bundesstraße sogar eine fehlende Erschließung eines bedeutungslosen Flugplatzes.

Den Grünen in Eberswalde, mit deren Fraktionsvorsitzenden Frau Oehler an der Spitze, fehlt es offensichtlich an jeder raumplanerischen Kompetenz. Vielleicht war die Aufforderung Frau Oehlers an den Eberswalder Bürgermeister, eine andere Lösung zu finden, auch nur Teil einer »grünen Büttenrede«, die aus Sicht verantwortungsvoller Bürger nun wirklich in die Tonne gehört.

THOMAS GILLES

1. Mai 2009

ARBEIT FÜR ALLE BEI FAIREM LOHN!

Dafür engagieren sich die Gewerkschaften am 1. Mai, aber auch Tag für Tag mit vollem Einsatz, um gute Arbeit für alle zu ermöglichen.

Eberswalde:

10.00 Uhr, Demotreffpunkt DGB Grabowstr. 49
10.30 Uhr, Kundgebung auf dem Marktplatz,
Redner: DGB-Regionsvorsitzender Olaf Himmel;
Platzkonzert Eberswalder Spielleute 1963 e.V.
11.00 Uhr, Strange Brew

Bernau

Markt/Bürgermeisterstraße
10.00 Uhr, Kundgebung
danach bis 15.30 Uhr, Infostände, Kultur- und
Familienfest
u.a. Blue Haley - Bill Haley Cover Band -
Rock`n`Roll

Marx hatte das Glück, seinen eigenen Vater als »väterlichen Freund« zu erleben. (MEW 40 Seite 260). Und genau so wurde Karl Heinrich Marx auch von seinen Töchtern erlebt, sie selber haben es dokumentiert. Sie waren frei von Hemmung, ihren Vater einen Fragebogen vorzulegen. Daraus ein Ausschnitt:

»Ihre Lieblingstugend?« - »Einfachheit.«
 »Ihre Auffassung vom Glück?« - »Zu kämpfen.«
 »Ihre Auffassung vom Unglück?« - »Unterwerfung.«
 »Das Laster, das Sie am ehesten entschuldigen?« - »Leichtgläubigkeit.«
 »Das Laster, das Sie am meisten verabscheuen?« - »Kriecherei.«
 »Ihre Lieblingsmaxime?« - »Nihil humani a me alienum puto.« (Nichts Menschliches ist mir fremd.)
 »Ihr Lieblingsmotto?« - »De omnibus dubitandum.« (An allem ist zu zweifeln.)
 (Dokumentiert in »Erinnerungen an Karl Marx«, Dietz Berlin 1953.)

Ob die Marx-Töchter gemalt oder Märchen verfaßt haben, ist nicht bekannt. Doch ihr kindlich froher Fragebogen, selbsterdacht, zeigt eigne Muße-Lust und Reichtum, wie ihn Marx verstand. Wie könnte das begonnen haben? Die dritte Marx-Tochter, Eleanor, berichtet:

»Ich erinnere mich, wie ich beiläufig drei Jahre alt war und Mohr (dieser sein alter Spitzname kommt mir immer wieder auf die Zunge) mich auf seiner Achsel um unseren Garten in Grafton Terrace herumtrug und Windenblüten in meine braunen Locken steckte. Mohr war sicherlich ein prächtiges Pferd; mir wurde erzählt, daß meine älteren Geschwister... Mohr an einige Stühle 'schirrt', die sie selbst 'bestiegen', und ihn nun ziehen ließen. In der Tat hat er, wie ich von ihm gehört habe, einige Kapitel des 'Achtzehnten Brumaire' in Dean Street, Soho, als Hühpferd seiner drei kleinen Kinder geschrieben, die hinter ihm auf Stühlen saßen... Ich für mein Teil zog Mohr als Reitpferd vor... Aber Mohr war nicht nur ein ausgezeichnetes Pferd... Meinen Schwestern - ich war damals noch zu klein - erzählte er Geschichten während der Spaziergänge, und diese Geschichten wurden nicht in Kapitel, sondern nach Meilen eingeteilt... Was mich angeht, so liebte ich ... am allermeisten die Geschichte von 'Hans Röckle'. Sie dauerte Monate um Monate... Hans Röckle selbst war ein Zauberer..., der einen Spielwarenladen hatte und nie Geld in der Tasche. In seinem Laden waren die wunderbarsten Dinge: hölzerne Männer und Frauen, Riesen und Zwerge, Könige und Königinnen, Meister und Gesellen, vierfüßige Tiere und Vögel so zahlreich wie in der Arche Noah... Aber trotzdem Hans ein Zauberer war, konnte er doch nie seine Schulden an den Teufel und den Schlächter bezahlen... Mohr las seinen Kindern auch vor. Wie meinen Geschwistern, so las er auch mir den ganzen Homer vor, das Nibelungenlied, Gudrun, Don Quijote und Tausendundeine Nacht. Shakespeare war unsere Hausbibel... Wie gut erinnere ich mich, wie ich ... religiöse Bedenken hatte (wir hatten in einer römisch-katholischen Kirche der prächtigen Musik gelauscht), mit denen ich mich

Karl Marx im 21. Jahrhundert (7)

Marx und die Kinder und die Werte

von Dr. Rainer Thiel

Von seinen menschheitlichen Interessen ausgehend hatte Marx als Vierundzwanzigjähriger begonnen, über Armut und Arbeiterklasse, über Privateigentum an Produktionsmittel und Klassenkampf nachzudenken. Ich werde darauf zurückkommen. Aber von seiner menschheitlichen Position aus verhielt er sich auch zu seinen Kindern.

natürlich Mohr anvertraute... Und wie er mir die Geschichte des Zimmermannssohnes erzählte, den die Reichen töteten... Oft und oft hörte ich ihn sagen: 'Trotz alledem, wir können dem Christentum viel verzeihen, denn es hat gelehrt, die Kinder zu lieben.'« (Dokumentiert in: Erinnerungen an Karl Marx. Dietz Verlag Berlin 1953)

Konservative Politiker sprechen gern von den »Werten«, besonders gern von den christlichen »Werten«, die man bewahren müsse. Warum bringen wir - die Linken - unsere Auffassungen - nicht auch mit dem Wort »Werte« in Verbindung? In der Bibel heißt es: »Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung und Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen.« (I. Korinther 12 - 14) Oder: »Was ihr getan habt Einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.« (Jesus Christus, nach Ev. Matthäi 26.40) Oder »Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.« (Ev. Matthäi 15.24). Und da wagt es die Partei des großen Kapitals, sich »christlich« zu nennen.

Karl Marx hatte seine Werte-Vorstellungen an Menschheits-Vorstellungen von Philosophen, von Dichtern und der französischen Revolution orientiert. Und hatte weitergedacht und gefunden: Entgegen diesen Werten ist ein beträchtlicher Teil der Menschheit verurteilt, getreten und verarmt zu sein. Marx dachte noch weiter: Die Menschheits-Werte sind auch meine Werte, doch ich hinterfrage sie: Warum sind so viele Menschen arm und getreten? Marx war gründlich und auch ehrlich zu sich selbst. Zehn Jahre lang recherchiert er in der

»Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung ... häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d.h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und KleidungsmitteIn vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. ... Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels ihm <den Stoffwechsel. R.T.> systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen. ... Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesse, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«

(MEW 23 Seite 528 - 530)

Geschichte, in der Ökonomie, in der Philosophie, in der Presse. Zehn Jahre lang beginnt er immer wieder neu. Zehn Jahre lang steht er im Gedanken-Austausch mit Gründern von Arbeiterzirkeln in Europa; er verarbeitet die Analysen von Friedrich Engels über die Lage der arbeitenden Klasse in England. Von Monat zu Monat werden seine Antworten gründlicher.

In Europa kündigen sich demokratische Aufstände an, später wird man von der 48er Revolution sprechen. Ende 1847 tagen in London Kommunisten verschiedenster Nationalität - vereint im Bund der Kommunisten. Sie beauftragen Marx und Engels, das Kommunistische Manifest auszuarbeiten. Das Manifest enthält Antworten, wie es um die Werte bestellt ist, deretwegen sich zu streiten lohnt:

- »Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.« (MEW 4 S. 468)

- »Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die Vernichtung einer Masse von Produktivkräften...« - da denken wir an die Millionen Arbeitslosen und an die Kriege, an Tote, Bomben und Sprengungen. »... andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte.«

- Das Proletariat »rekrutiert sich aus allen Klassen der Bevölkerung«. (S. 470) »Auch sie führen dem Proletariat eine Masse Bildungselemente zu.« (S. 471. In der engl. Ausg. von 1888: »Aufklärungs- und Fortschritts-elemente«)

- »Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die ... Vereinigung der Arbeiter ... Es bedarf ... der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampfe zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf.« (MEW 4 S. 471). Ironie der Geschichte: Im Jahr 2007 ist es Oskar Lafontaine, der die Begriffe »Generalstreik« und »politischer Streik« in Erinnerung bringt. Die Bourgeoisie stempelte ihn sofort zum Populisten, die Linkspartei schweigt und schweigt und schweigt. Doch weiter Marx:

- Die Bourgeoisie ist unfähig, »ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden.« (MEW 4 S. 473) Genauer gesagt: Es sind Sozialbeiträge und Steuern aller Bundesbürger, mit denen neun Millionen Erwerbslose und Niedrigverdiener und Millionen Kinder gerade mal vor Hunger und Obdachlosigkeit bewahrt werden.

Datenbasis ungenügend

Eberswalde (bbp). Seit 2006 sind in der Stadt Eberswalde 385 Bäume gefällt worden. Dies geht aus der Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten Carsten Zinn (DIE LINKE) zur StVV am 26. März hervor. Da in der Stadtverwaltung kein Fällkataster geführt wird, so die Antwort, seien die Angaben allerdings nicht vollständig. »Nicht alle Gefahrenbäume (durch Biber geschädigte, durch Unwetter beeinträchtigte und abgestorbene Bäume) sind aufgeführt.« Vorgesehen sei, halbjährlich Baumschauen durchzuführen, was aber seit etwa 2½ Jahren aus personellen Gründen nicht realisiert werden konnte. Seither werden die Eberswalder Straßenbäume einmal im Jahr kontrolliert. Seit Februar 2009 wird ein weiterer Mitarbeiter für Baumsichtkontrollen eingearbeitet.

Im Eberswalder Baumkataster ist ein Großteil der Straßenbäume erfasst, »allerdings noch nicht die an neu gebauten Straßen und Plätzen«. Noch nicht aufgenommen sind auch die Bäume auf städtischen Liegenschaften wie Parks, den 59 Kleingartenanlagen, Schulen, Kitas etc.

Die häufigsten Ursachen für Baumschäden, besonders an Straßen, sind der zu geringe durchwurzelbare Raum, schlechter Boden und schlechte Bodendurchlüftung, Verdichtung und Wassermangel, Wurzelverletzungen durch Bau- und Wartungsarbeiten, Anfahrtschäden sowie schlechte Luft und mangelnde Durchlüftung. Außerdem sei bei vielen Bäumen mit 60 bis 90 Jahren das biologische Alter erreicht.

Der größte Teil der 385 Bäume (42 %) ist im Jahr 2006 gefällt worden. Im Jahr 2007 folgten 28 % und im Jahr 2008 noch einmal 20 %. In diesem Jahr fielen bisher 39 Bäume der Kettensäge zum Opfer, das sind etwa 10 % aller gefällten Bäume seit 2006. Das Jahr 2006 sticht auch in anderer Hinsicht hervor, denn die meisten Bäume (72 %) wurden damals während der Vegetationsperiode zwischen dem 15. März und dem 15. September gefällt. In den Jahren 2007 und 2008 lag dieser Anteil bei jeweils 18 %. Dabei gab es für mehr als vier Fünftel der Sommerfällungen eine Genehmigung durch die untere Naturschutzbehörde (2007: 26 %, 2008: 50 %).

Insgesamt lag der Anteil der genehmigten Fällungen 2006 bei 69 %, 2007 bei 39 % und 2008 bei 78 %. Von den 39 Fällungen seit Jah-

resbeginn sind 64 % naturschutzbehördlich abgesehen. Für die übrigen Fällungen waren laut Stadtverwaltung keine Genehmigungen erforderlich.

Die vorliegende Statistik bestätigt den subjektiven Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich einer erhöhten Fällaktivität in diesem Winter. Den 39 Fällungen in diesem Jahr stehen 29 Fällungen im Vergleichszeitraum 2007 und jeweils 12 Baumfällungen in den Jahren 2006 und 2008 gegenüber.

Neben den Fällungen gibt es auch Neupflanzungen von Bäumen. Für 153 Neupflanzungen gibt es Auflagen seitens der unteren Naturschutzbehörde. Tatsächlich neu gepflanzt wurden im Betrachtungszeitraum nach Angaben der Stadtverwaltung aber 249 Bäume. Im ersten und zweiten Quartal 2009 ist die Pflanzung von 79 Bäumen geplant. Weitere Pflanzungen sollen im vierten Quartal erfolgen. »Es ist vorgesehen«, heißt es im Antwortschreiben, »entlang von Straßen innerhalb eines Jahres nach Fällung eines Baumes einen neuen Baum zu pflanzen, um so den Charakter der Straße zu erhalten. Für die Neupflanzungen werden optimale Bäume für die entsprechenden Standortbedingungen ausgewählt. Zusätzlich werden alle Bäume in entsprechenden Zeiträumen gedüngt und die Baumscheiben werden bei zu starker Verdichtung aufgelockert.«

Der Kostenrahmen für Neu- und Ersatzpflanzungen liegt im mittelfristigen Finanzplan bei 20.000 Euro pro Jahr. Der Haushaltsplan 2008 wies noch 30.000 Euro für diese Zwecke auf. »Die Kosten für Fällungen können nicht eindeutig benannt werden. Hierzu wäre ein zusätzlicher, erhöhter Verwaltungsaufwand nötig.« Etwa zwei Drittel aller Fällungen wurden durch Mitarbeiter des städtischen Bauhofes realisiert, mit ansteigender Tendenz. Ende 2008 kamen dabei in der Clara-Zetkin-Siedlung auch MAE-Kräfte (»Ein-Euro-Jobber«) zum Einsatz.

Den Kosten stehen Einnahmen aus dem Holzverkauf im Winterhalbjahr 2008/2009 von bisher 1.400 Euro gegenüber. Wobei eine entsprechende Haushaltsstelle erst im Haushaltsplan für 2009 mit 300 Euro verzeichnet ist. Pappeln, Weiden, verfaultes Holz, kleinere Äste und Strauchschnitt werden beim Holzkraftwerk (HOKAWÉ) auf dem Hafengelände

abgegeben. Erlöse gibt es dabei nur für Stammholz. Nutzholz wie Eiche, Buche, Birke, Kiefer usw. wird anderweitig verkauft.

Trotz der ausführlichen Auskunft blieben wiederum einige Teilfragen unbeantwortet. Überraschend ist die Unkenntnis innerhalb der Verwaltung über die Kosten im Zusammenhang mit den Fällungen und Neupflanzungen. Mit der Umsetzung der obligatorischen Grundsätze der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit scheint es nicht weit her zu sein.

Da kein »Fällkataster« geführt wird, erforderten die erfragten Statistiken, wie Baudezernent Dr. Prüger anmerkte, einen hohen Verwaltungsaufwand. Auf die erfragten Angaben für die Jahre vor 2006 wurde deshalb völlig verzichtet. Und offenbar werden auch die Ergebnisse der regelmäßigen Baumschauen nicht statistisch erfasst. Denn die Frage nach dem aktuellen Zustand der Eberswalder Bäume (Anzahl der regelmäßig in die Baumschauen einbezogenen Bäume insgesamt, Anzahl und Anteil der geschädigten Bäume nach Schadensklassen) blieb unbeantwortet. Auch zur Frage, wie den Ursachen für die Baumschäden begegnet werden kann, blieb die Antwort dünn. Als vorbeugende Maßnahmen wurden Düngung und Auflockerung der Baumscheiben genannt sowie die Auswahl standortgerechter Baumarten bei Neupflanzungen. Weitergehende Analysen sind aufgrund der fehlenden Statistiken allerdings auch gar nicht möglich.

»Hier sollten für die künftige Arbeit der Stadtverwaltung entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden«, sagte Carsten Zinn nachdem er die Antwort auf seine Anfrage einer ersten Analyse unterzogen hatte gegenüber der BBP-Redaktion. Er bedauere, daß ein Teil der Stadtverordneten dem Problem mit Unverständnis und Desinteresse begegnen. »Demgegenüber erlebe ich in meiner täglichen Arbeit als Stadtverordneter und Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel immer wieder die große Sensibilität vieler Bürgerinnen und Bürger, wenn es um das Thema Baumschutz geht. Mit meiner Fraktion, interessierten Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen und nicht zuletzt mit der fachlichen Unterstützung durch die AG Umwelt bei der LINKEN. Barnim werde ich auf jeden Fall an dem Thema dranbleiben.«

Das Bauamt der Stadt Eberswalde informiert:

Neu- und Ersatzpflanzungen im Stadtgebiet im Frühjahr 2009

Die Stadtverwaltung wird ab dem 01.04.2009 mit den Neu- und Ersatzpflanzungen im Stadtgebiet beginnen. Es werden insgesamt 73 Bäume auf folgenden Flächen und an Straßen gepflanzt. Voraussichtliche Anzahl pro Straße: Mauerstraße – 8 Säuleneichen, Freienwalder Straße – 4 Platanen, Rudolf-Breitscheid-Straße – 8 Roteichen, Lausitzer Straße – 5 Ebereschen, Karl-Marx-Ring – 5 Rotdorne, Bahnhofstraße – 6 Kugelahorne, Max-Lull-Straße – 1 Linde, John-Schehr-Straße – 5 Kugellinden, Tierpark – 12 Buchen, Eisenbahnstraße – 3 Säulenhorne, Breite Straße – 6 Ahorne und auf Kinderspielflächen – 10 Bäume.

Dies sind nur die Maßnahmen, die im Frühjahr 2009 erfolgen. Auch für die Herbstbepflanzung hat die Stadt vorgesehen, weitere Straßen und Plätze neu zu bepflanzen oder Lückenbepflanzungen vorzunehmen.

Zur Prominenz der Kritiker zählten zwei Altkanzler, Helmut Kohl (er bemängelte das fehlende UNO-Mandat) und Helmut Schmidt («Was uns wirklich angeht – und was nicht», zeit online), die drei FDP-Justizminister Baum, Leuthäuser-Schnarrenberger, Schmidt-Jortzig) und Hamburgs Ex-Bürgermeister Voscherau. Hinzu kamen einzelne Stimmen aus den etablierten Parteien und Gewerkschaften. Bei Kriegsbeginn gewann der Protest rasch an Breite. Das zeigten die Großkundgebungen in Berlin, Hamburg, Stuttgart, Frankfurt am 27. März und 8. Mai und am 5. April die Ostermärsche, an denen in Berlin zahlreiche Grüne teilnahmen. Dem Bundestag (BT) gingen 537 Petitionen mit 155.000 Unterschriften zu, die u.a. Stop der Angriffe und Hilfe für die Opfer forderten (Lüth in Richter/Schmähling/Spoo).

Anfang März hatte ich eine von der Jakob-Kaiser-Stiftung für Mai angebotene Bildungsreise durch das Rheinland und Belgien gebucht. Das Programm sah Besuche im Bundestag, im Bundespresseamt, dem Verteidigungsministerium in Bonn (Hardthöhe) vor, in Brüssel eine kommentierte Stadtrundfahrt (Thema EU-Institutionen und EU-Osterweiterung). Inzwischen begann der Krieg. Ich beschloß, die Fahrt für Proteste zu nutzen. Infoblätter zum inzwischen veröffentlichten Rambouillet-Text und zum Thema »Bomben für die Menschenrechte? Wo USA und NATO nicht zur 'humanitären Intervention' bereit waren« (z.B. Franco-Diktatur, Apartheid Südafrika, Israel, Chile) kamen ins Gepäck, dazu Flugblätter, die in Englisch und Französisch über die in Umfragen ermittelte Zwei-Drittel-Ablehnung des Krieges in Ostdeutschland informierten. Der Krieg war Reisebegleiter, sehr passend grüßte vor dem Bundespresseamt ein Großplakat: »Deutschland ist dabei!« Auf die Reiseindrücke komme ich zurück.

Anfang April, vor dem SPD-Sonderpartei-Tag, schrieb ich an Brandenburger SPD-Politiker, die ich bereits gelegentlich gesprochen hatte. Ich bat, für Stop der Bombenangriffe und Rückzug der deutschen Luftwaffe einzutreten und forderte Achtung auch der Menschenrechte der Serben und juristische Überprüfung der deutschen Kriegsbeteiligung. Gesundheitsministerin Hildebrandt sah das Kriegsziel darin, »Milosevic mit militärischer Gewalt an den Verhandlungstisch zu bewegen« - obwohl er zwischen September und März ja mehrfach verhandelt hatte! Als ihren Standpunkt sandte sie mir die Parteitagerede Erhard Epllers. Der einstige Starredner auf Friedenskundgebungen hatte den Parteitag mit einer abstrusen Argumentation auf Schröder-Kurs gebracht: Die Tragik der Situation bestünde darin, daß »man schuldig wird, ganz gleich, was man tut.« Die SPD müsse das »so aushalten, daß jeder dem anderen zugesteht, daß er gute Gründe hat...« Die Regierung handele so, »daß wir ein bißchen weniger schuldig werden, als wenn wir nichts täten.« Diese »Philosophie«, dieses Aufmachen falscher Alternativen (tun – nichts

Teil 2: Bündnis für den Frieden Eberswalde

1999: Weg in den Krieg –

»DEUTSCHLAND IST DABEI!«

von Rolf Richter

Am 24. März 1999 begann der Krieg. Betäubt von den Schreckensmeldungen, nahm die Öffentlichkeit zunächst alles hin. Zu verwirrend war der krasse Schwenk von Grünen und SPD, die früher der Friedensbewegung nahegestanden hatten. Und in der PDS-Spitze waren einige zwecks »Koalitionsfähigkeit« zu sehr mit der Anpassung an den mainstream beschäftigt, um zeitig alarmiert zu sein. Aber es gab – mit unterschiedlichen Argumenten – frühzeitig Kritik und Protest Einzelner.

tun) bemäntelte seinen Verzicht auf jede politische Analyse, auf jede Frage nach Hintergrundzielen und Interessen. Frau Bierwirth, MdB und Barnimer SPD-Unterbezirksvorsitzende, antwortete erst Anfang Juni, nach fast acht Wochen. Inzwischen waren

selbst Fischer und SPD-Führung genötigt, eine Pause der militärisch erfolglosen Luftangriffe zu fordern. Daher wies Bierwirth auf das nun von der G8-Gruppe akzeptierte deutsche Kosovo-Projekt hin und fügte den Beschluß des SPD-Sonderparteitags und einen Standpunkt der SPD Barnim vom 19. 4. bei. Darin sah man die Schuld für das Scheitern der Rambouillet-Verhandlungen noch bei Milošević, obwohl deren Verlauf und Inhalt inzwischen bekannt waren (ab 13.4. hatte auch die MOZ berichtet).

Realitätsverweigerung auch bei der Bundesanwaltschaft. Kai Nehm weigerte sich, wegen der Anzeigen gegen die Bundesregierung (Vorbereitung von Angriffskriegen) zu ermitteln. Die Regierung sei »guten Willens«, dem bereits gestörten Frieden aufzuhelfen. Ich schrieb daher an Justizministerin Däubler-Gmelin, vor jeder Untersuchung sei dies nur die Privatmeinung des Staatsanwaltes, und forderte, ihn an seine Pflichten zu erinnern. Das Schreiben teilte ich Ministerpräsident Dr. Stolpe und Brandenburgs Justizminister Dr. Bräutigam mit. Am 28. April sprach ich selbst auf dem Arbeitnehmertag in Potsdam mit Stolpe und SPD-Landeschef Steffen Reiche. Stolpe bestätigte, auch Befürworter des Krieges könnten aus rechtsstaatlichen Gründen eine juristische Prüfung wünschen. Er bat mich, ihm die Antwort von Prof. Däubler-Gmelin mitzuteilen, die er selbst häufig trafe (die Antwort vom 5. Mai bestand aus einem Satz: die angegriffene Entscheidung sei überprüft worden und nicht zu beanstanden). Ich erinnerte ihn an die Vorwürfe gegen den DDR-Generalstaatsanwalt, der den Verdacht von Wahlfälschungen nicht geprüft hatte. Damals ging es um eine Kommu-



Die Mahnwache gegen den Krieg am Pavillonplatz in Eberswalde.

nalwahl, nun aber um Krieg und Frieden. Reiche hatte öffentlich gesagt, die PDS veranstaltete Mahnwachen – das habe »die« gerade nötig. Ich bat ihn, vorsichtiger zu sein und berichtete ihm von der Eberswalder Mahnwache, von der Aktivität des Evangelischen Jugendkellers und der Erklärung des Kinderarztes Dr. Adler (FDP). Mir »persönlich« gestand Reiche schließlich das »Recht« auf Protest zu, ich hätte auch die Intervention in der CSSR nicht hingenommen. Daß ich aber an die Kinder dachte, die wie einst ich Leidtragende der Luftangriffe wurden, beeindruckte den Potsdamer Bildungsminister nicht.

1998 hatte ich in der FH Eberswalde mit Gila Altmann über soziale Aspekte des grünen Ökosteuerprojekts diskutiert. Inzwischen war sie MdB und – Zugeständnis der »Realos« an die Parteilinke – Staatssekretärin in Trittnits Umweltministerium. Als der Rambouillet-Text bekannt wurde, schrieb ich ihr, eine Umweltsteuer sei nur als Regulativ wirksam, wenn alle wichtigen Faktoren erfaßt wären – so die Stromsubventionen für die Großindustrie und das NATO-Militär. Die NATO verlangte im »Appendix B« die Bereitstellung ihres Bedarfs an »electricity, water, gas ... at the lowest rate« (zum geringsten Preis). In Deutschland besteht wohl die gleiche Praxis, nur redet niemand drüber. Beim Besuch in Altmanns Bonner Büro erfuhr ich, mein richtig adressierter Brief sei nicht angekommen. Ich hatte bei den Visiten im Bundeshaus am Rheinweg den Eindruck, durch die Grünenfraktion gehe nicht nur ein Riß, sondern eine Front. Mein Brief ist wohl auf einem »feindlichen« Schreibtisch gelandet. ARD meldete am 18. April, daß Gila Altmann

als erstes Regierungsmitglied einen Appell für Stop der Luftangriffe unterzeichnet hatte. Prompt wurde ihr Rücktritt gefordert. Sie blieb aber, obwohl ihr Minister (*»Tritt-ihn«*) selbst in Schröders Kabinett einen schweren Stand und auf dem Bielefelder Grünenparteitag im Mai den Leitantrag bejaht hatte. Bielefeld wurde als Erfolg des Fischerflügels verkauft, doch hatten 318 Delegierte gegen den Vorstandsantrag gestimmt, 7 sich enthalten (zusammen 42,2%). Durch die Partei ging ein Riß, wie auch die Serie von Austritten zeigte.

Meine Reise bot Mitte Mai Gelegenheit für viele Kontakte und Gespräche. Im Bonner Verteidigungsministerium (BMV) informierte ein Luftwaffenoffizier unsere Reisegruppe über die *»neuen Aufgaben«* der Bundeswehr (BW): Drogenproblem, internationale Kriminalität, Partisanenkämpfe (der Krieg war nur Randthema, die Einsätze seien an die UNO gebunden...!). Die geplanten Einsatzgruppen von 50.000 Mann wären zu wenig. Auf Zweifel, ob bei sozialen Spannungen und gesellschaftlichen Krisen Militär überhaupt das geeignete Mittel sei, gab es natürlich keine schlüssige Antwort. Mit Hinweis auf Scharpings Greueltaten fragte ich, ob das BMV ausreichend über das Kriegsgeschehen informiert sei. Da wurde der PR-Offizier offener. Die Amerikaner gäben gar keine Informationen preis. US-Flugzeuge z.B. seien für die BW *»Blackboxen«*. Im Besucherzentrum *»ergänzte«* ich das Broschürenangebot mit meinen Info-Blättern. Es gewann so an Aussagekraft und Realismus – fand ich. Auch am Rhein zeigte sich die Friedensbewegung. Eine Kölner Kirchengemeinde lud zu Friedensgebeten, am Bonner Münsterplatz und im Kölner Zentrum wurden Flugblätter verteilt. In vielen Gesprächen, so mit ka-

tholischen Theologiestudenten an der Bonner Uni am Hofgarten, spürte man zumindest Sorge, Unbehagen, Unruhe, weniger die Bereitschaft, selbst gegen den Krieg aktiv zu werden. Brügge und vor allem Brüssel waren voller Touristen. Alle, die ich sprach, nahmen interessiert die Flugblätter an, selbst die weniger tangierten Japaner und Iraner. Eine französische und eine italienische Gruppe bildeten jeweils Trauben um mich und begannen lebhaft zu diskutieren. US-Touristen aus Michigan sagten, auch in ihrem Staat gäbe es eine klare Mehrheit gegen Clintons Krieg. In Brüssel traf ich Gruppen junger Kosovoalbaner, im Kölner Hauptbahnhof albanische Bauarbeiter, die während der Arbeitspause besorgt vor einer Videowand die ARD-Nachrichten verfolgten. Keine Kriegsbegeisterung bei ihnen, keine Genugtuung, daß es gegen die Serben ginge. Nur Sorge um die Familien im Kosovo, die ja ebenfalls unter den Luftangriffen litten. Auf dieser Reise habe ich nur wenige getroffen, die den Krieg offen verteidigten.

Zu ihnen gehörten zwei gut gekleidete Herren, die mich in einem kleinen Café unweit des Kölner Bahnhofs ansprachen. Sie stellten sich als Offizielle bzw. Offiziere der Kosovoalbaner vor und wollten mich mit Hilfe einer Dokumentation serbischer Kriegsgreuel von der Notwendigkeit des Bombenkrieges überzeugen. Ich wandte ein, Bomben und Raketen könnten Menschenrechte nicht durchsetzen, sie träfen Schuldige wie Unschuldige, vor allem Frauen und Kinder. Sie bestritten, daß serbische Frauen und Kinder unschuldig seien. Als ich mit fünf Jahren die Luftangriffe erlebte, sei ich auch nicht an den Verbrechen des Hitlerregimes schuld gewesen – damit gab ich ein Stichwort. Hitler war ein guter Mann, kein

Verbrecher. Die Deutschen sollten wie er das Kosovo besetzen und den Albanern beistehen. Da stand ich auf und ging.

Heimgekehrt, schickte ich eine Notiz des Gesprächs an die grüne Bundestagsabgeordnete Eichstädt-Bohlig, die, wie ich in Bonn hörte, zum Fischer-Flügel neigte. Ich hatte die Architektin auf einer Veranstaltung zur Berliner Stadtplanung kennengelernt und traute ihr zu, verlässlich mit der Information umzugehen. Sie hat das Protokoll an den Arbeitskreis Außenpolitik ihrer Fraktion gegeben, wie sie mir kürzlich mitteilte. Mein Erlebnis kann niemanden überrascht haben. Nach 1945 sind Teile der profaschistischen albanischen Oberschichten in die USA geflohen. Dort bildeten sie den Kern der *»Albanisch-Amerikanischen Liga«* (Schmidt-Eenboom, Küntzel in Richter/Schmähling/Spoo). Schon vor dem Krieg gab es TV-Berichte über die Rekrutierung albanischer US-Emigranten für die UÇK. Kein Wunder, daß unter den kosovoalbanischen Militanten Träger faschistischen Gedankengutes zu finden waren. Auch als Minderheit konnten diese Extremisten mit provokatorischen Zwischenfällen die Absprachen der gemäßigten Rugova-Leute und der OSZE mit den Jugoslawen wirksam unterlaufen. Das ist wohl auch geschehen. Die Regierungsgünen beschädigten durch die Allianz mit solchen Partnern gleich zwei ihrer Essentials: Friedenspolitik und Antifaschismus. Die Verbindungen führender Kosovoalbaner (Bukoshi, Haliti, Haradinaj, Thaci) zur albanischen Mafia sind gut recherchiert (BND-Dossier 2005, KFOR-Erkenntnis: www.albania.de/alb/index.php?p=293, Elsäßer, Schmidt-Eenboom), die faschistischen Tendenzen unter den Militanten bleiben unberührt. *wird fortgesetzt*

Buchtip:

Experiment Kosovo

Das Kosovo, resümiert Hannes Hofbauer trocken, startet als *»failed state«*. *»Die Kernelemente seiner Wirtschaft funktionieren nicht, sozialer Aufstieg findet zwischen Schwarzmarkt und Massenemigration statt und seine politische Elite steht unter äußerem Druck.«* Militärisch wird das Gebiet völlig von der NATO kontrolliert, in Zivil herrschen unter dem Deckmantel der UNO vor allem die großen Staaten aus der EU – über den Ausverkauf ehemals staatlichen Eigentums ebenso wie über Polizei und Justiz. Dominant ist in jedem Falle das Ausland, während sich im Innern brutale Mafiastrukturen an die Macht gebracht haben. All dies, schreibt Hofbauer, erinnert stark an die unterschiedlichen Fremdherrschaften in Südosteuropa vor dem Ersten Weltkrieg: Die *»Verzahnung von militärischer Präsenz, politischer Oberherrschaft und wirtschaftlicher Macht in den Händen auswärtiger Institutionen schließt (...) an koloniale Traditionen an.«*

www.german-foreign-policy.com

Hannes Hofbauer – Experiment Kosovo Die Rückkehr des Kolonialismus. Wien 2008 Promedia Verlag 264 Seiten, 17,90 Euro ISBN 978-3-85371-285-6



Die Zurichtung des Kosovo zur europäischen Kolonie hat Hannes Hofbauer in *»Experiment Kosovo«* systematisch dokumentiert. Einem eingehenden Überblick über die geschichtlichen Hintergründe des Gebiets folgt ein Abriss der Zerstörung Jugoslawiens in den 1990er Jahren, eine detaillierte Darstellung der Entwicklung des Kosovo unter westlicher Protektors-herrschaft und ein Ausblick auf die wichtigsten Tendenzen nach der völkerrechtswidrigen Sezession. Hofbauer ... nutzt seine umfangreichen Recherchen vor Ort, kann auf zahlreiche Interviews mit einfluß- und einblickreichen Persönlichkeiten zurückgreifen...

Man könnte Hofbauers Ausführungen zu dem erstaunlichen kosovarischen Handelsbilanzdefizit erwähnen. 200 Millionen Euro betrug 2008 die Ausfuhren, 1,9 Milliarden Euro – fast das Zehnfache – die Einfuhren. *»Kosovo hat eines der liberalsten Handelsregime der Welt«,* zitiert Hofbauer das fast zynische Lob der Weltbank... Die Folge: *»Massenhafte und billige Einfuhren überschwemmen den kosovarischen Markt und verhindern damit konkurrenzfähige Produktion auf dem Binnenmarkt«*...

Eindrücklich das Gespräch mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Pristina, das Hofbauer Ende 1999 führte – in Belgrad. *»Aus unserem Viertel wurden alle vertrieben«* ...

Folgt man Hofbauer, haben die Geschehnisse im Kosovo paradigmatischen Charakter. *»Von der Rechtsprechung über die politische Verwaltung bis zur polizeilichen und militärischen Exekutive öffnet sich ein weites Experimentierfeld für hauptsächlich westeuropäische und nordamerikanische Institutionen«,* schreibt der Wiener Publizist: *»Gesellschaftliche Abläufe jenseits bürgerlicher Gewaltenteilung und demokratischer Selbstbestimmung können nach erfolgreichen Probeläufen im Kosovo später anderswo Platz greifen.«*

Jugendhilfeausschuß Barnim: Winnendenopfer gedacht

Eberswalde (bbp). Der Jugendhilfeausschuß des Kreistags Barnim hat am 25. März in einer einmütig verabschiedeten Willenserklärung der Opfer des Anschlags in Winnenden gedacht. »Der Ausschuß unterstützt die im Offenen Brief der Hinterbliebenen erhobenen Forderungen – insbesondere zu Gewaltdarstellungen in den Medien und zur Kontrolle und Einschränkung des Waffenbesitzes. Er erwartet von den Parteien, Verbänden, Behörden und Parlamenten der Bundesrepublik, diese Forderungen in ihrem Zuständigkeitsbereich umzusetzen.« Die Kreistagsfraktionen werden gebeten, sich der Willensbekundung des Jugendhilfeausschusses anzuschließen und einen entsprechenden Kreistagsbeschuß herbeizuführen.

Der Wortlaut des Offenen Briefes war am 30.3. im BBP-Forum zu lesen.

Bündnis 90/Die Grünen im Barnim: Landtagsdirektkandidaten

In einer gemeinsamen Wahlkreisversammlung bestimmten die Barnimer Bündnisgrünen am 20. März ihre Direktkandidaten für die Landtagswahl in den Wahlkreisen 13 und 14.

Im Wahlkreis 13, der die Stadt Eberswalde, die Gemeinde Schorfheide und das Amt Joachimsthal umfaßt, tritt die Lüdersdorferin Elke Rosch (50) für die Grünen an. Die parteilose Lehrerin ist als pädagogische Leiterin der Niederlassung Angermünde der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V. (RAA) tätig. Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit ist die Bildungspolitik, wobei sie sich insbesondere für die Chancengleichheit aller Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einsetzt.

Für den Wahlkreis 14 (Bernau, Panketal) wurde Stefan Stahlbaum aus Zepernick als Direktkandidat aufgestellt. Der 38-jährige gebürtige Bernauer ist Sozialarbeiter in Berlin. Seit 2005 fungiert er als Sprecher des grünen Regionalverbandes Niederbarnim. Mit der Kommunalwahl im Herbst letzten Jahres zog er als bündnisgrüner Abgeordneter und Fraktionsvorsitzender in die Gemeindevertretung Panketal ein. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Soziales, Naturschutz und nachhaltige Entwicklung.

Der Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Axel Vogel aus Eberswalde, erhielt von den Versammlungsteilnehmern ein einstimmiges Votum für eine Bewerbung um den männlichen Spitzenplatz auf der Landesliste der Grünen zur Landtagswahl. In der Aufstellungsverammlung für den Direktkandidaten im Wahlkreis 15 im Barnim (Gemeinden Wandlitz, Ahrensfelde, Werneuchen, Ämter Biesenthal-Barnim und Britz-Chorin-Oderberg), die im April stattfindet, wird Axel Vogel auch für das Direktmandat in diesem Wahlkreis kandidieren.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Ist der Kapitalismus noch zu retten?

Unter der Überschrift »Ist der Kapitalismus noch zu retten?« hatten die Bernauer LINKEN am 1. April zu einer politischen Diskussionsveranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann eingeladen. Eine interessante Fragestellung angesichts einer Situation, in der Bundespräsident Köhler von einer »Systemkrise« spricht und davon, daß jetzt »die großen Räder gebrochen« sind, daß wir eine Krise erleben, »deren Ausgang das 21. Jahrhundert prägen kann«. Köhler als Repräsentant des Kapitalismus ist sich dessen also keineswegs sicher, ob der Kapitalismus noch zu retten ist.

Anders Dagmar Enkelmann und DIE LINKE. Diese haben die Antwort auf diese Frage schon gefunden. Denn zu den Inhalten der Diskussionsveranstaltung heißt es in der Einladung: »Es wird insbesondere darum gehen, welche Vorstellungen DIE LINKE für ein Antikrisenprogramm hat, als Schutzschirm für die Menschen.«

So ein Antikrisenprogramm macht nur Sinn unter der Voraussetzung, daß es den Kapitalismus weiterhin geben wird. Ansonsten wäre ein Programm nötig, wie die Krise des Kapitalismus für die Überwindung desselben genutzt werden kann. Kein »Antikrisenprogramm« sondern ein »Krisenprogramm« wäre da notwendig, ein Programm für das Danach.

Natürlich läßt sich eine gesellschaftliche Produktionsweise nicht einfach abschaffen. Der erste entsprechende Versuch ist gründlich daneben gegangen. Vom alten Marx konnten wir erfahren, daß eine Gesellschaftsformation

erst dann abtritt und durch eine neue abgelöst wird, wenn in ihr alle Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Trotz der aktuellen Krise, so offensichtlich die Meinung der LINKEN, hat der Kapitalismus als gesellschaftliche Produktionsweise noch nicht alle seine Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Daher die Antwort, daß der Kapitalismus noch einmal gerettet werden kann. Schade, daß am 1. April nicht erläutert werden sollte, wie die LINKE zu dieser Antwort gekommen ist.

Wenn dem so ist, daß der Kapitalismus noch einmal gerettet werden kann, dann ist ein »Antikrisenprogramm« nötig. Dann ist es Aufgabe der Linken innerhalb des fortbestehenden Gesellschaftssystems für einen »Schutzschirm für die Menschen« zu kämpfen, um so die Folgen der Krise für die davon Betroffenen wenigstens einigermaßen sozial abzufedern. Dann ist es Aufgabe der Linken, Arzt zu spielen am Krankenbett des kriselnden Systems, dann gilt es neue Mechanismen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu finden, die das Funktionieren des kapitalistischen Wertverwertungsmechanismus wieder eine Weile garantieren können. Bis zur nächsten Krise.

Insofern irritierte die Überschrift der Veranstaltung. Statt »Ist der Kapitalismus noch zu retten?« hätte es richtiger- und ehrlicherweise heißen sollen: »Wie kann DIE LINKE den Kapitalismus retten?«

GERD MARKMANN

Konjunkturpaket II in Eberswalde:

LED-Straßenlampen und Bewegungsmelder

Eberswalde soll für die nächsten zwei Jahre 2,66 Millionen Euro aus der Bundesförderung erhalten. Das ist die Gabe aus dem sogenannten Konjunkturpaket II. Doch während sich die Kreistagsabgeordneten schon intensiv mit dem Einsatz der Zuschüsse an den Landkreis befassen, bleibt die Eberswalder »Wunschliste« geheim. Doch nein, ab und an, liest und hört man ein paar Details. Auf der Wunschliste sei ein Ausgabevolumen von rund 9,4 Millionen Euro zusammengekommen. Man liest, es werden Lärmschutzmaßnahmen und Investitionen für ein Bürgerhaus und in die Infrastruktur erwartet. Doch woher, durch wen und nach welchen Kriterien diese Liste zusammengestellt wurde, bleibt weiterhin ein Geheimnis.

Die Stadtraktion der LINKEN hat nunmehr die Initiative ergriffen. Sie fordert die bevorzugte Ausgabe für Maßnahmen, die langfristig den kommunalen Haushalt entlasten. So für Wärme- und Energiesparmaßnahmen, also

Wärme- und Schallschutzfenster, Wärmedämmfassaden und ähnlichen Baumaßnahmen an kommunalen Objekten. Auch Maßnahmen zur Senkung der Betriebskosten mittels alternativen Energien, Einbau von Duschautomaten in den Sporthallen oder Wärmerückgewinnungsanlagen sind hier denkbar. Und warum soll die Straßenbeleuchtung nicht teilweise auf LED-Lampen oder Einschaltung mittels Handy oder Bewegungsmelder in Nebenstraßen möglich sein?

Für die LINKE ist klar, daß dieser Mitteleinsatz dazu beitragen kann, auch künftig freiwillige Aufgaben im städtischen Haushalt zu integrieren und vielleicht können wir uns dann ja auch die Gebührenerhöhung bei den Sportstätten ersparen.

WOLFGANG SACHSE

Von der StVv wurde der Beschlüßvorschlag der LINKEN am 26. März mehrheitlich angenommen.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Ja zum Gesundheitsstandort Bernau

Das war das Ergebnis einer öffentlichen Sitzung, zu der die Bernauer Stadtfraktion DIE LINKE am 4. März ins Seniorenzentrum »Regine Hildebrandt« in Bernau eingeladen hatte. Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann begrüßte zahlreiche Vertreter von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen die Vorsitzende des Heimbeirates des Seniorenzentrums Gerda Kosmehl.



Sie hob hervor, daß es in Bernau über die Region hinaus anerkannte Gesundheitseinrichtungen gäbe, wie z.B. das Evangelisch-Freikirchliches Krankenhaus und Herzzentrum Brandenburg in Bernau bei Berlin, die Brandenburg-Klinik mit vielfältigen Rehabilitationsangeboten sowie die Hoffnungstaler Anstalten Lobetal. Diese hätten eine lange und anerkannte Tradition und gehörten heute zu den größten Sozialeinrichtungen des Landes Brandenburg in der Alten- und Behindertspflege. Sie sind darüber hinaus anerkannte Ausbildungszentren für pflegerische Berufe.

Die Kliniken sowie die zahlreichen Arzt- und Therapiepraxen in Bernau leisten viel, um Bewohnerinnen und Bewohner der Region gesundheitlich zu versorgen. Doch schnell wurde klar, daß es auch Lücken in der ärztlichen Versorgung besonders in den Ortsteilen gibt, daß noch nicht alle Einrichtungen im Sinne der Patienten miteinander kooperieren.

Konzepte auch umsetzen

Bereits im Wirtschaftsförderkonzept der Stadt Bernau von 2002 wurde ein Leitkonzept für den Branchenschwerpunkt Gesundheit empfohlen. Als Aufgaben der Stadt Bernau im Rahmen dieses Konzeptes wurde vorgeschlagen, die Kooperation mit den Städten der Gesundheitsregion von Buch bis Eberswalde zu suchen, das medizinische Angebot zu bündeln, zu sichern und weiter zu entwickeln. Doch seither sei substantiell wenig passiert, resümierte Grit Krömer, Co-Autorin des von der Stadt in Auftrag gegebenen neuen Wirtschaftsförderkonzeptes der Stadt Bernau.

Unstrittig sei, daß sich viele in Bernau für ein umfassendes Angebot medizinischer und sozialer Versorgung engagieren. Es gibt einen Arbeitskreis Gesundheit, vom Bürgermeister geleitet, ein Netzwerk für Gesundheit und Kommunikation, das regelmäßig gesundheitli-

che Bildungsveranstaltungen und die gut besuchten Bernauer Gesundheitstage organisiert, wie Dr. Hübner berichtete. Doch es fehle eine nachhaltige, konzentrierte Strategie und die ressortübergreifende Ausschöpfung des Leistungsvermögens aller Partner. Dies sei nicht neu, so Dr. Dagmar Enkelmann. Man könne sich nicht länger auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, die Stadt müsse vorausschauend nachhaltige politische Konzepte auch im Gesundheitsbereich entwickeln und verfolgen, mahnte sie den anwesenden Bürgermeister Handke.

Strategie und Kooperation nötig

Dies sah auch Bernd Grieger, ehemaliger Geschäftsführer der Brandenburger AOK und sachkundiger Einwohner der Fraktion die LINKE als soziales Erfordernis an, um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu bewältigen. Im Bündnis mit zugelassenen Ärzten oder Kliniken, spricht er den Bürgermeister direkt an, könne man auch ein integriertes medizinisches Versorgungszentrum schaffen, das die Arztbesuche für Patienten erleichtere und darüber hinaus eine effiziente medizinische Versorgung gewährleisten könne.

Frau Krömer von ProProjekt Berlin empfiehlt der Stadtverwaltung ein schlüssiges Konzept mit konkreten Zielvorstellungen zum Ausbau des Gesundheitsstandortes Bernau durch Zusammenführung aller Partner in einem Netzwerk. Dazu gehöre die Erfassung des Bestandes an Gesundheitseinrichtungen – bisher gebe es das in der Stadt nicht – eine Analyse der Stärken und Schwächen, die angestrebte Prognose, die konkrete Planung und Realisierung der Maßnahmen und Projekte. Sie empfahl darüber hinaus Potentiale im Gesundheitstourismus und von Sport- und Freizeitanlagen zu integrieren.

Gesunde Stadt braucht Förderung

»Auf die Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen verwandter Branchen wie Medizintechnik, Biotechnologie und relevanter Dienstleistungen muß man nicht warten, sondern man muß sie zielgerichtet werben«, forderte Dr. Jacobs in der Debatte. Bernau biete dafür, wenn man die ansässigen Klinkunternehmen als Partner gewinnt, gute Voraussetzungen.

Ein Gesundheitsstandort bedeute für ihn mehr als die Sicherung der medizinischen Grundversorgung, so Lutz Kupitz (DIE LINKE), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Kreistag Barnim. »Eine gesunde Stadt bietet Arbeitsplätze und Einkommen, sie ist eine soziale Stadt, in der sich alle wohlfühlen«, ergänzt er. Dafür brauche man eine Strategie, Initiatoren und handelnde Akteure. Diese zusammenzuführen und auf das gemeinsame Ziel zu fokussieren, sei Aufgabe der Wirtschaftsförderung der Stadt.

BÄRBEL MIERAU

Zwischenbilanz

Kulturumfrage läuft und läuft

Eberswalde (prest-ew). Seit Anfang März können die Eberswalderinnen und Eberswalder ihre Meinung zum kulturellen Angebot in ihrer Stadt in einem Fragebogen kundtun. »Die Resonanz entspricht voll unseren Erwartungen« heißt es von Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher. Bis jetzt seien bereits gut 300 Fragebögen eingegangen. Auf den ersten, noch recht oberflächlichen Blick, scheint der Kulturlandschaft in Eberswalde dabei ein befriedigendes bis gutes Zeugnis ausgestellt zu werden. »Auf die Frage, wie das kulturelle Angebot in Eberswalde allgemein bewertet wird, antworten die meisten mit ‚gut‘ oder ‚befriedigend‘«, so Neubacher.

Das Kulturamt hat die Umfrage initiiert, deren Ergebnisse in die Kulturkonzeption für Eberswalde eingehen werden, die zurzeit von der Verwaltung vorbereitet wird. »Die Meinung der Eberswalderinnen und Eberswalder ist uns für dieses Konzept ausgesprochen wichtig«, erläutert Neubacher die Idee der Umfrage. Gleichzeitig werden in einer weiteren Umfrage die Kulturakteure in den Fokus genommen. Von ihnen werden Arbeitsweise, Arbeitsbedingungen sowie Perspektiven und Problemfelder abgefragt. Am Ende soll hier eine umfassende und differenzierte Bestandsaufnahme der Kulturszene stehen.

Bis zum 9. April besteht noch die Möglichkeit an der Publikumsbefragung teilzunehmen.

Fragebögen und Rückgabeboxen finden sich in vielen öffentlichen Einrichtungen und viel frequentierten Orten, wie dem baf, der Bibliothek oder dem Rathaus, aber auch in einigen Gaststätten und Kneipen. Vor allem kann der Fragebogen online über die Homepage der Stadt Eberswalde, www.eberswalde.de, ausgefüllt werden.

Flugzeugunglück 1966

Zu einer Gedenkveranstaltung an die vor 43 Jahren verunglückten Piloten aus Finow B. Kapustin und J. Janow lädt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft am 6.4., 14.30 Uhr in die Eberswalder Brunnenstraße ein. (Anmeldungen per eMail an: ebwbf@t-online.de).

Eberswalder Wäschereimuseum

»Geliebte Staubfänger«

»Geliebte Staubfänger«, eine erlesene Sammlung von Ens und anderem Porzellan. Die Ausstellung ist bis zum 26. Juli 2009 hier zu sehen.

Das Wäschereimuseum Targatz »Omas Waschküche« – Waschen und Plätten im Wandel der Zeit, finden Sie im Eberswalder Stadtteil Finow in der Angermünder Str. 15. Das Museum ist freitags und sonnabends geöffnet von 10 bis 18 Uhr und sonntags von 10 bis 16 Uhr. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

LOTHAR AMLOW, Museumsleiter
www.waeschereimuseum.com

Quellen liberaler Politik

»Bürgerschaftliche Freiheit und Bürgerschaftliche Verantwortung«

Zu diesem Thema wird am 24. April um 19.30 Uhr in das Weinkontor in der alten Ofenfabrik in Eberswalde eingeladen. Referent ist Dr. Sprich, der sich in seiner Promotion mit der Theorie des Nobelpreisträgers F.A. v. Hayek befaßte. Ist liberal gleichbedeutend mit egoistisch? Keineswegs! Vielmehr konzentriert sich die liberale Politik auf die Erhaltung der Freiheit des Einzelnen gegenüber der übermächtigen Bürokratie.

Ist unsere Freiheit bedroht? Wer sich in der DDR politisch wohl fühlte, braucht sich keine Sorgen zu machen! Wer an die Unfehlbarkeit des Staates, seiner Politiker und Beamten glaubt, braucht sich keine Sorgen machen!

Wer aber die steigenden Zwangsabgaben auf der Lohnabrechnung sieht, wer sich im politischen Alltag nicht vertreten fühlt, oder wer sich als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer im Gesetzesdschungel nicht mehr auskennt, der kennt bereits die Freiheitsbeschränkung!

Wer bedroht die Freiheit?

Wenn jemand sagt: »Morgen werde ich die Demokratie abschaffen!«, ist er sicherlich eine Bedrohung für die Freiheit.

Wenn jemand sagt: »Morgen werde ich die Marktwirtschaft abschaffen und zur Planwirtschaft zurückkehren!«, dann ist die Bedrohung versteckt hinter Versprechungen und einer freundlichen Maske. Wie der Wolf im Schafspelz!

Wenn jemand sagt: »Morgen werde ich ein bißchen die Marktwirtschaft abschaffen!«, dann sieht kaum einer darin eine Bedrohung. Schon gar nicht, wenn dies von ehrenwerten Mitbürgerinnen und Mitbürgern (irrtümlich) im Interesse des Gemeinwohls vertreten wird.

STEPHAN FISCHER

Diskussionsabend

Am Dienstag, den 14. April 2009, führen wir um 19 Uhr im Treff 23 in Bernau, Breitscheidstr. 42 einen öffentlichen Diskussionsabend mit Dr. Anton Latzo über die Europäische Union im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durch.

DKP-Gruppe Bernau/Barnim

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Jeden Dienstag 16 - 18 Uhr: **Schulcafé** mit Informationen, Gesprächen, Besichtigungen und Anmeldungen für die 7. Klasse des neuen Schuljahres 2009/2010, das am 31. August beginnt.

Tag der offenen Tür

Die Mitglieder des Technischen Hilfswerks (THW) Eberswalde stellen sich im Rahmen eines Tages der offenen Tür der Öffentlichkeit vor. Am Samstag, den 18.4., sind die Bürgerinnen und Bürger, egal ob jung oder alt, von 10 bis 15 Uhr herzlich in die Liegenschaft des Ortsverbandes eingeladen. Sie können mit den Mitgliedern des THW ins Gespräch kommen und die Technik beschnuppern.

»Während des Tages werden den Besuchern die Technik und die Einsatzmöglichkeiten der Gruppen vorgestellt« sagt der Zugführer Daniel Kurth, der diese im Einsatzfall koordiniert. Nutzen Sie die Möglichkeit, die spannenden Aufgaben im THW kennen zu lernen!

Im Technischen Hilfswerk gibt es zahlreiche Aktivitäten für jedermann: Alt und jung können sich ausbilden lassen und sich mit zahlreicher Technik auf Einsätze vorbereiten – das nutzt auch im Berufsleben. Wer gerne kocht, kann im THW lernen, für bis zu 500 Personen Verpflegung zuzubereiten. Elektrofachkräfte sorgen für viel Strom, wenn dieser ausfällt. Betreuer und Betreuerinnen können Jugendlichen mit Spaß eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bieten.

Die Besucher können auch die neue Fahrzeughalle besichtigen. »Sie ist inzwischen fast fertig gestellt und wird zu einem späteren Zeitpunkt offiziell eingeweiht«, verspricht Ortsbeauftragter Mirko Wolter.

Der Ortsverband des THW Eberswalde befindet sich im Technologie- und Gewerbehark (TGE), in der Carl-Zeiss-Str. 2. Weitere Informationen auch unter www.thw-eberswalde.de

STEFAN FÖRDER

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Malterer, Markmann (2), Mierau, Triller (3)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 28. März 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 25.4.2009, 12 Uhr.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)